

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 10. Februar 2014,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

32. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr

Die Verhandlungsschriften der 30. Sitzung des Gemeinderates vom 18.11.2013 und der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2013 liegen zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Heinrich Taitl

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Gudrun Ortner

Entschuldigt:

StR. Silvia Huber (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 03.02.2014 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Bearbeitungsstand des Initiativantrages Jahreskarte Linie Wels:

Bgm. Dr. Koits: Ich gebe bekannt, Kollege Mag. Teubl hat an Herrn StR. Kroiß betreffend Verbilligung der Jahreskarte der Linie Wels eine Anfrage gerichtet mit folgendem Inhalt: In der Gemeinderatsitzung vom 14.10.2013 wurde der Beschluss gefasst, den Preis der Jahreskarte der Linie Wels von € 410,-- auf € 250,-- zu reduzieren.

Die Fraktion der Grünen stellt nun folgende Anfragen an sie:

- Wie weit ist die Umsetzung dieses Beschlusses bis dato gediehen?
- Welche Vorbereitungsschritte sind noch erforderlich, bis den BenutzerInnen dieser Beschluss zugute kommen wird?
- Bis wann kann mit der Einführung dieser verbilligten Jahreskarte gerechnet werden?

StR. Kroiß: Betreffend Umsetzung dieses Beschlusses darf ich kurz reflektieren: Im Gemeinderat vergangenen Oktober wurde beschlossen, dass die Jahreskarte für den Bus verbilligt werden soll. Es gab die Aufträge des Herrn Bürgermeisters an die Stadt- und Verkehrsplanung. Von mir wurden Gespräche mit der Firma Sab Autobusbetrieb GmbH bzw. mit dem Geschäftsführer, Herrn Mag. Wolfgang Stöttinger, bezüglich der weiteren Vorgangsweise geführt. Es folgten Gespräche mit Vertretern der EWW AG, der Firma SAB Autobusbetrieb GmbH und mit Herrn DI. Stoik des Magistrates. Gleichzeitig wurden Hochrechnungen betreffend Anzahl der Jahreskarte angestellt, damit wir wissen welcher Zuschussbedarf benötigt wird. Es werden seitens der Firma SAB Autobusbetrieb GmbH rund 500 Jahreskartenbesitzer geschätzt, das bedeutet einen Zuschussbedarf von rund 80.000 Euro. Dieses Ergebnis wurde der Finanzdirektion mit der Bitte um steuerliche Überprüfung weitergegeben bzw. um Prüfung, wie wir diese Verlustrechnung der EWW AG abdecken können. Weiters erfolgte eine steuerrechtliche Überprüfung durch die KPMG. Ende Jänner d.J. bekamen wir die Stellungnahme der Finanzdirektion, nämlich dass eine direkte Tragung eines erhöhten Abganges durch die EWW AG aus steuerlicher Sicht nicht möglich ist. Es ist daher eine Subventionsvereinbarung zwischen Stadt Wels und Firma SAB abzuschließen.

Nun komme ich zur zweiten Frage betreffend erforderliche Vorbereitungsschritte. Derzeit wird an einer Subventionsvereinbarung gearbeitet. Diese sollte nochmals von der KPMG geprüft werden.

Betreffend Einführung dieser verbilligten Jahreskarte darf ich mitteilen, wenn alles rasch erledigt werden kann, sollte die Subventionsvereinbarung am 10.03.2014 im Verkehrsausschuss beschlossen werden. In der nächsten Gemeinderatsitzung könnten wir diese Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Firma SAB Autobusbetrieb GmbH. beschließen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mitteilung des Bürgermeisters

Verlängerung des zins- und tilgungsfreien Zeitraumes für Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen für den Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen:

Bgm. Dr. Koits: Das Land Oberösterreich ersucht um Kenntnisnahme folgender Informationen:

Der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen, die zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen gewährt wurden, wird für die Darlehen, die vor dem Inkrafttreten der Landesförderungsrichtlinien 1994 gewährt wurden, in Abänderung der einschlägigen Beschlüsse der OÖ. Landesregierung bis zum 31. Dezember 2015 verlängert. Hievon ausgenommen sind jene Gemeinden und Wasserverbände, bei denen Verträge gemäß § 18 Wasserbautenförderungsgesetz 1985 abgeschlossen wurden. Die sonstigen Bestandteile der näher bezeichneten Beschlüsse bleiben wie bisher unverändert aufrecht.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema Moscheebau bekannt gegeben.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die gegenständliche aktuelle Stunde beschäftigt sich mit dem geplanten Moscheebau des albanischen Kulturvereins in Wels West. Es gibt in diesem Zusammenhang einige Aufklärungsnotwendigkeiten, weswegen wir diese aktuelle Stunde beantragten. Aus den Medien waren verschiedene Deutungen möglich, weshalb wir glauben, dass es notwendig ist im Gemeinderat darüber kurz zu referieren.

Zum Ersten stellt sich die Frage, ist das geplante Vorhaben des albanischen Kulturvereins tatsächlich eine Moschee? Wir Freiheitlichen haben uns ganz klar gegen einen Moscheebau an diesem Standort ausgesprochen. Ich zitiere Herrn Vzbgm. Lehner, der im Zusammenhang mit der Frage Moscheebau ja/nein wortwörtlich sagte: „Es ist wunderschöner FPÖ-Populismus, Rabl spricht von Moschee obwohl es keine ist.“ In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass in der Baubeschreibung des gegenständlichen Projektes der Bauwerber selbst eine Moschee beschreibt und auch das Wort Moschee verwendet. Aus den Bezug habenden Plänen ergibt sich ganz klar ein Kuppelbau versehen mit einem Minarett mit arabischen Schriftzeichen, d.h. es ist jedenfalls eine Moschee geplant. In der Folge nahm auch die ÖVP-Fraktion dies zur Kenntnis und war zwei Tage später ebenfalls gegen diesen Moscheebau. Von „Rabl-Populismus“ kann daher nicht wirklich gesprochen werden. Es zeigte sich, dass das von den Freiheitlichen Aufgezeigte der Wahrheit entspricht. Es ist eine Moschee – diese ist in der Zwischen-

zeit ohnehin unstrittig. Wesentlich ist wer in diesem Zusammenhang für die Baubewilligung zuständig ist – wir sind der Meinung Bgm. Dr. Koits. Auch dazu eine kleine Richtigstellung: Bgm. Dr. Koits sagte in diesem Zusammenhang: „...der Referent muss sich auch unangenehmen Dingen stellen, so ein Verhalten ist ein Armutszeugnis für den Referenten ...“. Gemeint ist, ich sei zuständig für die Erteilung der Baubewilligung. Dies obwohl völlig klar ist, das wurde auch mit Schreiben vom 04.09.2012 von Seiten des Bürgermeisters klargestellt, dass ich als Baureferent nicht für die Baubewilligung zuständig bin. Diese liegt sehr wohl in den Agenden des Herrn Bürgermeisters.

Tatsache ist daher, es wurde für den dortigen Standort ein Moscheebau eingereicht. Es stellt sich nun die Frage der Widmung. Ist eine entsprechende Widmung vorhanden? Ja oder nein? Wir möchten nochmals ausdrücklich dokumentieren und festhalten, dass wir absolut gegen einen Moscheebau in diesem Bereich sind, weil dadurch andere Projektanten ihre Projekte dort nicht mehr verwirklichen wollen und eine Moschee in diesem Wohngebiet aus unserer Sicht nicht angebracht ist.

Wir meinen nicht nur aufgrund der Widmung sondern auch aufgrund der Platzierung, dass eine Moschee in diesem Bereich nichts verloren hat und sprechen uns vehement gegen diesen Moscheebau aus. Wir möchten, dass alle anderen Parteien hier „klar Farbe bekennen“ und artikulieren, wie ihre Meinung zu diesem Moscheebau ist, sodass wir im Idealfall einvernehmlich vorgehen können.

Vzbgm. Lehner: Eingereicht und an mich herangetragen wurde das Projekt als Veranstaltungszentrum und nicht als Moschee, daher auch meine klare Aussage, dass es sich nicht um eine Moschee handeln kann. Im ursprünglichen Projekt war der Bau als Veranstaltungszentrum definiert. Faktum ist, dass scheinbar dieses Projekt nun größer wurde. Zu klären gibt es jetzt, ob die vorhandene Widmung noch entspricht. Dieses Gutachten bzw. Stellungnahme, ob es möglich ist oder nicht, kommt vom Land Oberösterreich.

Wenn hier eine Widmung für eine Seelsorgeeinrichtung benötigt wird, heißt das in der Folge, dass für die dort wohnenden Nachbarn die bei einem Veranstaltungszentrum notwendigen Lärmschutzmaßnahmen und sonstigen Investitionen nicht vonnöten sind. Dadurch kommt es zu einer massiven Beeinträchtigung der Nachbarschaft. Als zuständiger Referent sage ich eine Umwidmung ist in diesem Bereich nicht möglich. Ich werde auch nicht, wenn ich dazu nicht vom Gemeinderat aufgefordert werde, das Verfahren einleiten, weil es den dortigen Nachbarn nicht zumutbar ist. Es spielt keine Rolle ob es eine Einrichtung des muslimischen Glaubens oder eines anderen Vereines ist. Hier geht es um den Schutz der Nachbarn und nicht um Religionen. Das ist der entscheidende Punkt. Eine Widmung eines Grundstückes hat Rücksicht zu nehmen auf das Umfeld - in diesem Fall kann ein Veranstaltungszentrum errichtet werden aber keine Seelsorgeeinrichtung.

GR. Mag. Mayerhofer: Moscheebau in Wels West ist das Thema dieser aktuellen Stunde. Die Darstellung ist für mich persönlich so: Es soll ein Kulturzentrum entstehen mit Gebetsraum, ein islamisches Kulturzentrum und wir fürchten uns davor. Das kann es meines Erachtens nicht sein. Der albanische Kulturverein, wie er jetzt in der Gutenbergstraße existiert, ist ein Bestandteil der Stadt Wels. Die Vereinsmitglieder bekennen sich zur Stadt Wels, es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt Wels. Das sind Punkte, die wir schätzen sollten. Genauso wünsche ich mir die Zusammenarbeit mit den Kulturvereinen, die in der Stadt Wels tätig sind. Das vom albanischen Verein angedachte Kul-

turzentrum, sprich Räume für Nachhilfemöglichkeiten, Deutschunterricht, Kinderbetreuung – es soll ein Raum für Begegnung geschaffen werden - finde ich positiv. Natürlich gibt es rechtliche Rahmenbedingungen. In diesen muss es möglich sein für den Verein sein Kulturzentrum zu bekommen oder nicht. Wir fürchten uns nicht vor einem Moscheebau oder vor einem Kulturzentrum. Es muss für die Mitglieder des albanischen Kulturvereins möglich sein sich zu treffen, ihre Religion zu praktizieren, ohne dass wir sagen „Oh, mein Gott – bitte nicht! Wir fürchten uns!“

GR. LAbg. Dr. Csar: Aus Sicht der ÖVP-Fraktion möchte ich diese Situation noch einmal darstellen. Es gibt einige anerkannte Kulturvereine in Wels. Es wurden neue Pläne eingereicht, die in den Medien „heiß“ diskutiert werden. Aus Sicht der ÖVP ist es wünschenswert Informationen möglichst breit zu streuen, der angrenzenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, weil wir verstärkt hören, dass gewisse Ängste und Verunsicherungen vorhanden sind. Diese Ängste und Verunsicherungen müssen ernst genommen und dementsprechend mit einer offensiven Informationspolitik entgegnet werden. Daher auch mein Schreiben an den Herrn Bürgermeister hier eine Informationskampagne zu starten, um die vorhandenen Informationen der Bevölkerung weiterzugeben. Noch einmal meine Bitte an sie, Herr Bürgermeister, diese Informationen an die Bürger weiterzugeben und deren Ängste wahrzunehmen und zu berücksichtigen.

Wir möchten nicht, dass mit der Angst gespielt bzw. diese hochgespielt wird. Ein klares Bekenntnis der ÖVP, dass diese Ängste nicht geschürt werden, d.h. es soll nicht über die Ansiedlung von radikalen Muslimen berichten werden, wie dies immer wieder in Mediensendungen zu lesen ist. Mit der Informationspolitik soll dementsprechend ehrlich umgegangen werden. Wir haben große Bedenken, dass hier gegen den Willen der Bevölkerung eine Moschee, ein Gebetshaus - wie immer dies auch bezeichnet wird - errichtet wird. Nach dem derzeitigen Stand der Angelegenheit können wir dem nicht zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Natürlich geht es in dieser Diskussion darum, dass wir im Wesentlichen versuchen diese seriös zu führen. Seriös heißt, dass wir uns ansehen müssen um was es in Wirklichkeit geht. Es ist nicht hilfreich, wenn bei Fernsehinterviews davon geredet wird, dass es sich beim albanischen Kulturverein um radikale Islamisten handelt - Originalton Vzbgm. Dr. Rabl. Es geht darum sachlich zu diskutieren und es freut mich, dass unsere Diskussion im Gemeinderat in diese Richtung geht. Der albanische Verein betreibt seit Jahren in der Gutenbergstraße ein Kulturzentrum. Seit Jahren denkt dieser sich zu vergrößern, weil die Besucherfrequenz sehr hoch ist. Ebenso werden sehr viele Aktivitäten angeboten, z.B. der Unterricht von Jugendlichen. Die Jugendarbeit ist hervorragend, sie haben einen Gebetsraum, sie feiern verschiedene Feste. Deswegen will sich der Verein vergrößern, d.h. sie benötigen ein größeres Kulturzentrum. Daran erinnern darf ich, dass wir z.B. in der Eferdinger Straße vom österreich-bosnischen Kulturverein so ein Kulturzentrum haben. In der Stadt Wels haben wir verschiedene Kulturzentren, jetzt – wen wundert es – wird der Bau dieses Kulturzentrums des albanischen Kulturvereins hochstilisiert als die Grundsatzfrage, ob wir es mit radikalen Islamisten zu tun haben usw. Es geht hier um rechtschaffende WelsInnen und BürgerInnen unserer Republik, die gemeinsam ihre Religion pflegen wollen, kulturell tätig sein wollen, schulisch und bildungsmäßig tätig sein wollen. Es kann nicht sein, dass wir dies hochstilisieren zu einem Skandal und ihnen dies verunmöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte ihnen nicht vorenthalten, was letzte Woche der Arbeitskreis Dialog der Religionen christlicher und islamischer Pfarren an alle

Fraktionsobmänner aussandte. Diesen Brief darf ich ihnen kurz vorlesen, weil er meiner Ansicht nach ein schönes Zeitdokument darstellt, wie die christlichen (evangelischen und katholischen) Kirchen in unserer Stadt die Zusammenarbeit mit dem muslimischen BürgerInnen und Gläubigen sehen: „In Wels gibt es seit vielen Jahren im Rahmen des Dialogs der Religionen eine gute Zusammenarbeit der katholischen Pfarren, der evangelischen Pfarre mit verschiedenen islamischen Vereinen. Der Verein albanische Muslime in Wels ist hier seit Anfang engagiert dabei. Aus der langjährigen Kooperation lässt sich sagen, dass der Verein albanische Muslime in Wels keinesfalls eine radikale islamische Gruppierung ist, sondern vielmehr ein Verein, der sich um Integration und gutes Zusammenleben bemüht. Der Verein hat nicht zuletzt seit Jahren eine viel beachtete Veranstaltung „Koran trifft Bibel“ – es sind hier hunderte Personen und diskutieren gemeinsam interessiert die unterschiedlichen Fragen der Religion. Zum Auftakt des Monats Respekt und Toleranz wird diese Veranstaltung abgehalten. Uns erscheint es unabdingbar, dass die Menschen, die sich zum albanischen Kulturverein zugehörig fühlen, ein adäquates Zentrum für Gebet, Veranstaltung und Austausch bekommen. Das derzeitige Zentrum in der Gutenbergstraße wird den Bedürfnissen nicht gerecht. Wir können es nicht gutheißen, dass in einer generalisierenden Weise gegen MuslimInnen Stimmung gemacht wird. Wir können es nicht gutheißen, dass Ängste und Misstrauen geschürt werden. Wir können es nicht gutheißen, dass auf den Rücken integrationsbereiter Menschen versucht wird, politisches Kleingeld zu machen. Bitte sorgen sie dafür, dass der Verein albanischer Muslime in Wels am Trausenegger Damm sein Zentrum errichten kann. Für die im Dialog der Religionen mitarbeitenden christlichen Pfarren und islamischer Vereine, Mag. Irmgard Lehner, Pfarrassistentin der röm.-kath. Pfarre St. Franziskus, Mag. Bernhard Petersen, Pfarre der evang. Gemeinde, Senad Bodojak vom österr.-bosn. Kulturverein und Vertreter des Union islamischer Kulturzentrums.“ Mehr will ich dazu nicht sagen und mehr ist dazu auch nicht zu sagen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Zum Schluss wollen wir noch ein paar Fakten festhalten. Erstens: In Wels gibt es derzeit acht Moscheen. Ob es so viele Kirchen gibt, weiß ich gar nicht. Zweitens: Der albanische Kulturverein ist keine radikal islamische Vereinigung. Das habe ich auch nicht gesagt, lieber Johnny! Wenn du es gehört hast, dann hast du es entweder nicht verstanden oder nicht angehört! Ich habe mich nur dagegen ausgesprochen, dass radikal islamische Elemente in Wels Kulturzentren errichten. Daraus ist nicht zu schließen, dass der albanische Kulturverein eine radikal islamische Organisation ist. Ich weiß, es fällt dir schwer diesen Worten zu folgen. Du interpretierst es so, wie es dir in deinen politisch doch weit links angesiedelten Kram passt, anstatt die Dinge so zu betrachten wie sie sind, nämlich objektiv und möglichst sachlich.

Tatsache ist, dass in der Baubeschreibung von einer Moschee die Rede ist für 210 Personen mit einer Kuppel und einem Minarett mit arabischen Schriftzeichen auf dem Minarett, die sieben Tage die Woche von 11.00 bis 22.00 Uhr offen ist. Dass dies für die Nachbarschaft eine entsprechende Belastung ist, braucht nicht gesondert erwähnt zu werden. Dass dafür die notwendige Widmung nicht vorhanden ist, braucht ebenfalls nicht gesondert erwähnt zu werden. Weshalb dieses Projekt aus meiner Sicht abzulehnen sein wird. Wenn wir das nicht schaffen, wird uns die dortige Bevölkerung das entsprechend danken. Deswegen habe ich dieses Thema klar aufgegriffen und gesagt, ich möchte, dass zumindest die Freiheitliche Partei eine klare Position einnimmt, dass wir absolut gegen den Bau dieser Moschee an diesem Standort sind. Man kann sich über Alternativstandorte unterhalten, aber an diesem Standort ist diese Moschee völlig ungeeignet. Wenn ich mir ansehe die Größe des Kulturzentrums, wenn ich mir ansehe, wie viele Personen dort insgesamt von früh bis spät in die Nacht unterwegs sein sollen,

dann ist dieser Standort für die Beeinträchtigung der dort wohnenden Personen unzumutbar. Deswegen sprechen wir uns klar gegen diese Moschee aus. Dass man das natürlich wieder dafür verwendet um zu sagen, die Freiheitlichen sind alle rechtsextrem, ausländerfeindlich, faschistoid usw., ist mir zwar klar, ändert aber nichts an der Tatsache und ändert vor allem nichts an der objektiven Betrachtung des Sachverhalts. Es geht mir nur um die objektive Betrachtung des Sachverhalts und um nichts anderes. Jeder, der etwas anderes hineininterpretieren möchte, ist selbst schuld. Ich hoffe, ich habe das hiermit klar ausgesprochen.

Natürlich traf ich mich mit dem Obmann des albanischen Kulturvereins, erklärte ihm diese Situation, erklärte ihm unseren Standpunkt, habe aber auch durchaus Verständnis gefunden für diesen Standpunkt. Ich finde es jedoch gegenüber dem Verein nicht ganz fair, was hier abläuft. Man könnte doch auch den Verein darüber informieren, dass dieses von ihnen gekaufte Grundstück für eine Moschee eine falsche Widmung aufweist, bevor er sich dieses kauft. Hier muss ich sagen, ich kann dies nicht ganz nachvollziehen. Wenn die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wels und dem Verein so gut ist, könnte durchaus im Rahmen eines Gesprächs darüber gesprochen werden, ob dieses Vorhaben überhaupt verwirklicht werden kann. Eine Moschee ist ein Gebetshaus. Wenn der Verein dies selbst so bezeichnet muss man akzeptieren, dass eine Moschee geplant ist, die auch so aussehen soll wie eine Moschee. Dazu muss man stehen und sagen, wenn ich schon eine Moschee plane, brauche ich eine andere Widmung. Aus diesem Grund ist das Vorhaben an diesem Standort zu versagen. Ich gehe davon aus, dass Herr Bürgermeister dieser Widmungsfrage besonderes Augenmerk schenken wird und dass bei Erteilung einer allfälligen Baubewilligung bzw. hoffentlich einer Versagung einer Baubewilligung dies auch entsprechend berücksichtigt wird.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Selbstverständlich, Herr Kollege Dr. Rabl, liegt auch uns an einer sachgerechten und vor allen Dingen objektiven Entscheidung. Zur Information: Es gab bereits zwei Gespräche mit den unmittelbaren Nachbarn. Das erste Gespräch fand im August des Jahres 2013 statt, das zweite Gespräch im Jänner 2014. Die Hauptsorgen der Nachbarn waren die Zufahrt, Lärm und nicht so sehr die Größe des Baues, sondern dass man sich gut versteht und gegenseitige Beeinträchtigungen meidet. Mit dem weiteren Anrainer, der ein Wohnobjekt bauen möchte, gab es ebenfalls ein Gespräch. Genannter Anrainer bzw. Projektbetreiber teilte mir konkret mit, im Rahmen der Gesetze kann, soll, muss und darf sich jeder in Österreich bewegen. Er vertraut darauf, dass von der Behörde alles berücksichtigt wird und deswegen führt er das angedachte Projekt weiter.

Es gab ein Gespräch mit den Vertretern des albanischen Vereins einschließlich des Architekten. Es gibt das Bemühen der Baubehörde mit dem Bauwerber auf einen grünen Zweig zu kommen, wobei die Widmungsfrage sehr wesentlich ist. Wenn die Widmungsfrage geklärt ist, müssen im Bauverfahren die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden. Das eingebrachte Ansuchen soll sachlich beurteilt werden – auf diese Sachlichkeit hat der albanische Verein einen Anspruch. Diese Religion ist seit mehr als 100 Jahren eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Österreich, wie viele andere auch. Daher lassen sich aus dieser gesetzlichen Anerkennung bestimmte Rechte ableiten. Diese gesamte Thematik soll fach- und sachgerecht behandelt werden. Derzeit kann eine vom Kollegen Dr. Csar gewünschte Information in der Form nicht hinausgegeben werden, weil gerade die Verhandlungen zwischen der Baubehörde und

dem Vorstand des Vereines stattfinden. Wenn ein Ergebnis feststeht, wird eine dementsprechende Information ergehen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Koits.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ- Gemeinderatsfraktion betreffend Tarifordnung Festsetzung der Entgelte für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Gutes
DI-Verf-045-2014

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt sodann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung einer Bezirksgrundverkehrskommission für das Gebiet der Stadt Wels
DI-Verf-046-2014

Bgm. Dr. Koits verliert den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag.

Bgm. Dr. Koits: Inhaltlich dazu darf ich ergänzend anmerken, dass es bei diesem Antrag um eine Resolution an das Land Oberösterreich gehen sollte, denn zuständig dafür ist das Land Oberösterreich und nicht die Stadt Wels. Das Land müsste eine Verordnung erlassen, mit der eine Bezirksgrundverkehrskommission für die Stadt Wels und in Folge eine eigene Verordnung für den Bezirk Wels-Land festgelegt wird. D.h. in der Diskussion kann man dies als Resolution bezeichnen.

Nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit erfolgt, lässt er darüber abstimmen.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits erinnert daran, dass folgende Angelegenheit einer Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Gemeinderatsmitglieder und die Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden bedarf:

TOP 3.) Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte; Zubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppeltturnhalle; Grundsatzbeschluss – Finanzierung, FD-Fin-90-2013.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

1.)

Schönberger Andrea, Wels, Straubinger Straße 5/3/8;
Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 32 im Objekt Wels, Billrothstraße 117
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-35-2013

Der Antrag lautet:

An Frau Andrea Schönberger, Wels, Straubinger Straße 5/3/8, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 32 im Haus Wels, Billrothstraße 117 (Wohnnutzfläche 88,53 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung beträgt € 88.500,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) ein Barbetrag in Höhe von € 84.028,00

b) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:

Darlehen Wohnbauförderung.....per 1.1.2014 € 4.472,00

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten der Käuferin."

3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

2.)

Azimi Habib Rahman, Wels, Wildgansstraße 12;
Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 15 im Objekt Wels, Zeileisstraße 21
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-36-2013

Der Antrag lautet:

An Herrn Azimi Habib Rahman, Wels, Wildgansstraße 12, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 15, Zeileisstraße 21, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 15 beträgt..... € 89.800,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) ein Barbetrag in Höhe von € 81.275,43

c) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:

Darlehenper 1.2.2014 € 8.524,57

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten des Käufers.

3. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

3.)

Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte;
Zubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-90-2013

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 14.01.2014:

1. Die Finanzierung der Investitionen Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 für die Errichtung von Schulzubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle mit den erforderlichen Nebenräumen und die Errichtung eines Kunstrasenplatzes inkl. Durchführung eines Architektenwettbewerbes mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von insgesamt € 6,247.300,00 inkl. USt. (ausgenommen bei Umbauten im Bestand) +/- 20 % (exkl. Architektenwettbewerb) mittels Krediten bzw. Darlehen durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt, wobei bei der Stadt Wels eingehende Förderungen an diese Gesellschaft weiterzuleiten sind.

2. Die Finanzierung und Aufnahme von Darlehen für die Investitionen für die Einrichtung im Rahmen des Projektes „Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte - Errichtung Schulzubauten, Umbau im Bestand und Neubau einer Doppeltturnhalle“ entsprechend der Kostenschätzung in Höhe von € 499.400,00 zuzüglich 20 % USt. zusammen € 599.280,00 +/- 20 % durch die Stadt Wels wird genehmigt.
3. Eine Übertragung von Mitteln zwischen Investitionen gemäß Punkt 1. und der Einrichtung gemäß Punkt 2. des Beschlussantrages ist zulässig, wenn hierdurch die Gesamtprojektkosten in Höhe von € 6,846.580,00 inkl. USt. +/- 20 % (exklusive Architektenwettbewerb) nicht überschritten werden.
4. Die Übernahme der Haftung durch die Stadt Wels für die gemäß dem Punkt 1. in Verbindung mit Punkt 3. des Beschlussantrages aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender „Musterhaftungserklärung“ wird genehmigt. Diese Haftungserklärung bedarf einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Land Oberösterreich und ist gegenüber Dritten erst mit dieser Genehmigung rechtswirksam.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt dem Referenten für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

4.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Videoüberwachung Museumssteg Angerlehner
DI-Verf-032-2014

Vzbgm. Dr. Rabl: Beim Tagesordnungspunkt 4 geht es um einen Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Zusammenhang mit den Diebstählen beim Museumssteg Angerlehner. Dieser Steg wurde erst vor einem halben Jahr eröffnet unter Zuhilfenahme massiver öffentlicher Mittel der Stadt Wels und des Landes Oberösterreich. Es hat sich herausgestellt, dass die künstlerische Gestaltung dieses Steges, welche von der durchaus sehr bekannten und europaweit geschätzten Lichtkünstlerin Waltraud Cooper gemacht wurde, gerade bei Dieben großen Anklang findet. Bereits zum dritten Mal kam es zu Vandalismusakte bzw. Diebstählen. Deshalb sagten wir Freiheitlichen, es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand für Vandalismus bzw. Diebstahl aufkommt. Nachdem es sich um kriminelle Handlungen und um eine Verbrechenverdichtung (es wurde dreimal an der gleichen Stelle Schaden angerichtet) handelt, fordern wir eine Videoüberwachung an dieser Stelle, um hier weitere Vandalismus- bzw. sonstige kriminelle Handlungen hintanzuhalten. Deswegen brachten wir diesen Antrag ein, damit hier die Polizei entsprechende Schritte einleitet.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zuzuweisen, weil wir im letzten Gemeinderat den DESSI-Prozess beschlossen und diese Angelegenheit in diesen Prozess einfließen soll.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 4) in den Präsidial- und Integrationsausschuss wird mit

	<u>27 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>8 Nein-Stimmen</u> (ÖVP-Fraktion)
und	<u>1 Stimmenthaltung</u> (GR. Baumgartner)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Es gibt zum Thema DESSI-Prozess Mitte Februar mit den Fraktionen und den externen Experten das erste Gespräch. Dort werden wir dieses Thema mitbehandeln. Danke dem Referenten für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

5.)

Projekt Markthof;
Abschluss von Verträgen
BZ-Markt-009-2010

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 13.01.2014:

1. Die Stadt Wels schließt mit den im Punkt 3 des beiliegenden Wohnungseigentumsvertrages angeführten MiteigentümerInnen den beiliegenden Wohnungseigentumsvertrag (Anlage 6) über die auf der Liegenschaft EZ. 1036, GB. Wels, situierte Wohnhausanlage samt Tiefgarage ab.
2. Die Stadt Wels kauft von der Norikum Wohnbaugesellschaft mbH, Wels, Kalkofenstraße 25, den nunmehr berichtigten Kaufgegenstand von 3211/25084 Anteile des EZ. 1036, GB. 51242, Wels, gemäß den Bedingungen des Nachtragsvertrages zum Rückübertragungsvertrag vom 23.05.1997.
3. Die Stadt Wels schließt mit der Norikum Wohnbaugesellschaft mbH, Wels, Kalkofenstraße 25, als Eigentümerin der Liegenschaft EZ. 1036, GB. 51242, Wels, den beiliegenden Dienstbarkeitsvertrag (Anlage 7) mit den zu Gunsten der Stadt Wels eingeräumten Dienstbarkeiten des Überbauungsrechtes, des Marktausübungsrechtes und des Nutzungsrechtes ab.

GR. Josseck-Herdt: Meine Wortmeldung dringt jetzt nicht in diese komplexe Materie ein, sondern es ist etwas Einfaches, Schlichtes. Ich kann mir diese Gelegenheit nicht entgehen lassen ein wenig über das Aussehen unseres Marktplatzes zu sprechen. Der Marktplatz hat grundsätzlich einen Charme wie ein Kühlschrank. Wenn sie den Marktplatz ohne Marktstände anschauen, sehen sie nur Pflastersteine und etwaige LKW oder parkende PKW von Handwerkern. Dazu fiel mir eine von mir eingebrachte Anregung ein den früher existierenden Marktbrunnen, der von Bildhauerin Helga Födisch seinerzeit aus Sandstein angefertigt wurde - ein sehr schöner Brunnen, der nicht viel Platz erfordert – aufzustellen. Damals erhielt ich die Auskunft der Marktplatz sei noch nicht fertig, es müssen noch viele andere Dinge sichergestellt bzw. eingebaut werden.

Jetzt ist Gelegenheit etwas für das Aussehen, für die Möblierung dieses Platzes zu tun. Ich würde mir wünschen, dass der zuständige Referent Vzbgm. Peter Lehner diesen Gedanken aufgreift.

Vzbgm. Lehner: Danke für die Anregung. Auch ich bin mit dem Erscheinungsbild der Marktfreiflächen nicht immer glücklich. Mit diesen Verträgen wurde lediglich ein Marktausübungsrecht an den Markttagen vereinbart. Für die konkrete Gestaltung des Marktplatzes sind wir nicht verantwortlich. Zum Thema Marktbrunnen laufen sie bei mir insofern offene Türen ein, wenn es um einen Brunnen geht, der auch dazu geeignet ist Gemüse zu waschen oder Trinkwasser bereitzustellen. Bei diesem angesprochenen Brunnen ist dies leider nicht möglich. Wir brauchen einen Brunnen, der einerseits optisch gut integrierbar, andererseits funktionstüchtig im Sinne der Marktnutzung ist, sprich Trinkwasser zur Verfügung stellt bzw. die Möglichkeit bietet Gemüse, Obst usw. zu waschen. Wenn es dazu konkrete Vorschläge gibt finden sie bei mir offene Türen. Dieser von ihnen angesprochene Brunnen hätte jährlich Betriebskosten von 1.000 Euro verursacht. Bei diesem kleinen Marktbudget, welches ich zur Verfügung habe, wäre es ein doch beträchtlicher Anteil. Wenn die Freiheitliche Fraktion sich im nächsten Jahr für ein größeres Marktbudget miteinsetzt, würde ich mich freuen.

Bgm. Dr. Koits: Herr MDStv. Dr. Spitzer, nachdem sie ja anwesend sind, darf ich sagen, es gibt eine Projektgruppe zum Thema Innenstadtgestaltung. Hier könnte das Thema Marktplatz usw. aufgenommen werden. Unsere Fachleute sollen sich damit beschäftigen, einschließlich des Brunnens.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 410/1.10 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6006-2013

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 13.01.2014, der Gemeinderat möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 410/1.10 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Grundsatzbeschluss Wirtschaftspark Voralpenland
DI-Verf-028-2014

Vzbgm. Lehner: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um einen Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am sog. Wirtschaftspark Voralpenland. Wir diskutieren dieses Thema bereits seit längerer Zeit. Eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen den Gemeinden Wels-Land und der Stadt Wels ist sehr wichtig. In Wels haben wir für die Zukunft sehr wenig Flächen für Betriebsbaugelände zur Verfügung. Wels-Land hat den natürlichen Vorteil wesentliche Flächen zu besitzen, d.h. wir haben jetzt die Chance uns mit den Wels-Land-Gemeinden zusammenzuschließen, einen Verband zu gründen, um gemeinsam nationale und internationale Betriebe anzusiedeln. Aber vor allem Betriebe, die in Wels-Stadt und Wels-Land ansässig sind, haben die Möglichkeit zu expandieren und Arbeitsplätze zu schaffen. 18 Gemeinden in Wels-Land gaben diesem Statut bereits die Zustimmung. Ich bitte daher den Gemeinderat der Stadt Wels diesem Grundsatzbeschluss zuzustimmen und den Wirtschaftspark Voralpenland positiv auf den Weg zu bringen, um Arbeitsplätze zu schaffen, zu sichern und uns auf Augenhöhe mit den Wels-Land-Gemeinden Kommunalsteuern zu teilen. Dies führt dazu, dass es nicht zu einem Wettbewerb zwischen den Gemeinden kommt und es immer wieder Kommunalsteuersenkungen gibt, sondern dass wir gemeinsam strategisch an der Errichtung bzw. Erweiterung von Betrieben arbeiten. Es muss unser Ziel sein Arbeitsplätze zu schaffen, innovative Betriebe in der Region zu haben und das geht am besten wenn man zusammenarbeitet und nicht einer den anderen übervorteilt. Nur Miteinander kann es uns im 21. Jahrhundert gelingen.

Dies sahen wir auch heute bei einer Pressekonferenz zum Thema Tourismus. Mit Business-Touristik Wels und andere Kooperationen gelingen Dinge, die vor Jahren noch undenkbar waren. Das Gleiche würde uns gelingen mit einem Wirtschaftspark Voralpenland und ich hoffe hier auf Zustimmung.

GR. Schönberger: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schönberger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 9) in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss wird mit

	<u>25 Ja-Stimmen</u> (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen	<u>3 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
und	<u>8 Stimmenthaltungen</u> (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Dieser Initiativantrag wird dem Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss zugewiesen. Ich möchte nur erwähnen, dass es hier bereits einen politischen Ausschuss gab mit der Stadt Wels und dem Bezirk Wels-Land. Dieser Ausschuss soll sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Bgm. Dr. Koits dankt dem Referenten für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

8.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2014;
Grundsatzbeschluss
BauD-BauS-21-2014

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 20.01.2014:

Das als Anlage 11 beigefügte Straßenbauprogramm 2014 wird grundsätzlich genehmigt.

Vzbgm. Wimmer: Das vorliegende Straßenbauprogramm ist absolut in Ordnung und wird von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion mitgetragen. Ich möchte nur aus gegebenem Anlass eine Anmerkung machen. StR. Kroiß hat es bereits erwähnt – es geht um die Autobahnauf- und -abfahrt in Wels-West. Lt. einem gefassten Gemeinderatsbeschluss einigten wir uns darauf, eine für die Anrainer annehmbare und verträgliche Lösung, die aber dem Zweck des Vorhabens entspricht, anzupeilen.

Ende Jänner hatte ich in Vertretung des Herrn Bürgermeisters ein sehr ausführliches Gespräch mit den VertreterInnen der Bürgerinitiative Wimpassing. Dieses fand in einer ausgesprochen angenehmen und konstruktiven Weise statt. In diesem Gespräch erfuhr ich einige Dinge, die ich vorher nicht wusste. Insbesondere hat sich die Bürgerinitiative die Mühe gemacht anhand eines Videos Alternativen aufzuzeigen, die so aussahen, dass man vom Gassl-Viadukt kommend nicht gerade über die Primelstraße fährt, sondern links abbiegt und dann nach der Autobahnbrücke Albrechtstraße über die Mohnstraße und eine weitere Brücke das Gelände Wimpassing erreicht. Dies ist insofern interessant, weil dort nicht nur eine Autobahnbrücke für die Asfinag besteht, die wir alle kennen, sondern direkt unmittelbar daneben sich eine stadt eigene Autobahnbrücke befindet, die mit einer gut asphaltierten Straße aufgeschlossen ist. Dort wohnt kein einziger Anrainer.

Diese Straße bin ich zweimal abgefahren. Sie endet östlich der Autobahn in den Feldern in Wimpassing. D.h. diese gut asphaltierte Straße liegt mitten im Betriebsbaugebiet und nahezu direkt vor dem geplanten Sportzentrum Wimpassing. Mir scheint das deshalb eine sehr konstruktive Lösung zu sein, weil wir uns auf der einen Seite die mühsame und kostenintensive Diskussion zur Moosbachstraße ersparen können, andererseits schützen wir insbesondere die Anrainer in der Primelstraße vor einem zu erwartenden Durchzugsverkehr. Außerdem sparen wir uns in der Primelstraße sehr teure Lärmschutzwände. Bei diesem Gespräch erfuhr ich - mittlerweile wurde es von Herrn Baudirektor auch bestätigt - dass die Asfinag ohnedies daran denkt ihre Betriebsanlage in diesem Bereich massiv zu verkleinern und allenfalls sogar diese eigene Brücke nicht mehr benötigt. D.h. wir haben dann zwei Autobahnbrücken zur Aufschließung des Geländes in Wimpassing zur Verfügung. Die Brücke der Asfinag kannte ich, die daneben liegende Brücke kannte ich nicht, weil sie eigentlich ins Nirwana führt. Eine sehr interessante Konstruktion. Wahrscheinlich wurde sie errichtet um die landwirtschaftliche

Nutzung aufzuschließen. Faktum ist, diese Brücke besteht, die Anbindung dieser Brücke an das Straßennetz ist bereits vorhanden. Wir verständigten uns auf eine Weiterverfolgung in planlicher Hinsicht. In Vertretung des Herrn Bürgermeisters habe ich den Herrn Baudirektor gebeten sich dieses Themas sehr rasch und in sehr gründlicher Art und Weise anzunehmen.

Wenn es gelingt dieses Projekt zu realisieren, kann es nur eine Win-Win-Situation werden. Die Anrainer haben mit dem Durchzugsverkehr keine Probleme mehr, natürlich wird ein Geh- und Radweg vorgesehen werden. Darauf haben wir uns verständigt. Auch die Anrainer in der Primelstraße sehen dies so, dass mit einem Geh- und Radweg die Verbindung über Wimpassing in den Norden unserer Stadt geschaffen werden kann. Ein Geh- und Radweg, der ohnehin in der planlichen Darstellung unseres Hauses bereits eingezeichnet ist. Wenn es technisch möglich ist – ich gehe davon aus, dass diese Brücken zur Aufschließung herangezogen werden können - sparen wir uns bei der geplanten neuen Autobahnauf- und -abfahrt in Wimpassing die Überbrückung. Dann kann der zu- und abfließende Verkehr der Autobahn über die Mohnstraße erfolgen. Damit ist allen geholfen. Ich darf daher diese Entwicklung der Angelegenheit dem Gemeinderat mitteilen und sie ersuchen im Sinne des gemeinsamen Vorgehens im Gemeinderat eine Einigung über diese Variante zu finden, die im Interesse der Anrainer aber auch im Interesse der Stadt Wels gelegen ist.

In diesem Zusammenhang freut es mich auch von den Anrainern zu hören, dass selbstverständlich im Interesse der Gesundheit und der Jugend es keinen Einwand gegen das geplante Sportzentrum in Wimpassing geben wird. Es ist dies für den Sport und vor allem für die Jugend eine sehr gute Ausgangsposition.

Ich würde daher Herrn Kollegen Kroiß bitten bei der Umsetzung des Straßenbauprogramms darauf bedacht zu nehmen und bereits die Baustellenaufschließung über diese Mohnstraße zu gestalten. Nach zweimaliger Besichtigung dieser Straße muss ich sagen ich bin begeistert darüber, wie schön und wie gut diese neue Straße, die seit ca. 20 Jahren existiert, genutzt werden kann.

GR. Pernkopf: Das Straßenbauprogramm 2014 ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Erwähnen möchte ich die Prioritätenreihung, die nicht ganz unsere Zustimmung findet. Es sind Straßen enthalten, die über bzw. unter dem „ominösen Strich“ liegen. Ich weiß, die Erstellung eines solchen Programmes ist sehr schwierig und budgetabhängig. In der Neinergutstraße einen Rad- und Gehweg zu situieren hat für uns höchste Priorität. Einige andere Dinge sind auch nicht enthalten – über die wir jedoch hinwegsehen können.

Einen wesentlichen Punkt stellt jedoch das von Herrn Vzbgm. Wimmer bereits angesprochene Thema dar. Wir von der ÖVP-Fraktion forderten alternativ zu den bereits bestehenden Plänen Überlegungen anzustellen. Mit ihrer Aussage, Herr Vzbgm. Wimmer, ist der richtige Schritt gemacht worden, der können wir uns von der ÖVP-Fraktion 100%ig anschließen, damit doch die Bevölkerung in diesem Bereich (Primelstraße, Albrechtstraße) nicht so stark beeinträchtigt wird. Eine eventuell andere Lösung über die Asfinag-Brücke muss man sich noch näher anschauen. Ich glaube es wäre eine Möglichkeit für das Gesamtprojekt Wimpassing eine positive Lösung zu finden - speziell was die Grundeinlösung in Oberthan betrifft. Gesamt gesehen stimmen wir dem Projekt zu.

GR. Prof. Mag. Teubl: Aus der Sicht der GRÜNEN kann ich mich den Aussagen des Kollegen Pernkopf nicht anschließen. Wir finden es ist kein Schritt in die richtige Richtung, sondern ein Schritt in die falsche Richtung. Dieses Straßenbauprogramm ist in mehrfacher Hinsicht abzulehnen.

Ein Grund, wahrscheinlich eines der wichtigsten Gründe, ist, dass es eine ganz bestimmte Art und Weise der Anbindung der neu geplanten Autobahnanschlussstelle Wimpassing an das innerstädtische Straßennetz beinhaltet. Vzbgm. Wimmer hat dazu Stellung genommen, sieht aber keinen Widerspruch darin dennoch diesem Straßenbauprogramm zuzustimmen. Wir sehen sehr wohl einen Widerspruch darin, da wir glauben, dass durch dieses Straßenbauprogramm u.a. auch die Aufschließung über die Primelstraße geplant ist. Daher ist das Grund Nummer Eins, warum wir dagegen sind.

Ich freue mich - es hat sich inzwischen herumgesprochen - dass es durchaus Alternativen zu dieser geplanten Aufschließung gibt. Die von Vzbgm. Wimmer genannte Alternative ist eine davon. Ich glaube aber wir sollten noch weiter gehen. Vielleicht können wir noch weitere Denkprozesse in Gang setzen, die letztlich darin münden können, auf die Autobahnanschlussstelle Wimpassing insgesamt verzichten zu können, wenn das Betriebsbaugelände in Oberthan über einen Außenring, der parallel zur Autobahn verläuft, an die Autobahnanschlussstelle Wels-West angebunden wird.

Punkt Nummer Zwei, der mir an diesem Straßenbauprogramm missfällt, ist, dass tatsächlich es wieder einmal eine falsche Gewichtung gibt, und zwar dahingehend, dass es sich weitestgehend um ein Autostraßenbauprogramm handelt. Wir haben inzwischen ein Ergebnis der Verkehrserhebung des Landes Oberösterreich erhalten, in dem festgestellt wird, dass der Individualverkehr in Wels von 2002 bis 2012, also innerhalb eines Jahrzehnts, von 57,8 % der gesamten zurückgelegten Wege auf 62,6 % gestiegen ist. D.h. also annähernd fast 5 % weitere Steigerung. Das ist ein sehr hoher Wert, der zeigt, dass offensichtlich die Welser Verkehrspolitik hauptsächlich die Förderung des motorisierten Individualverkehrs beinhaltet.

Auf der anderen Seite haben wir sowohl beim Radverkehr eine Verringerung von 10,6 auf 8,9 %, als auch – das halte ich für besonders schlimm – beim Fußgängerverkehr von 19,1 auf 17,1 %. Ganz offensichtlich wird es immer weniger attraktiv in der Stadt Wels zu Fuß zu gehen und mit dem Rad zu fahren, jedoch immer attraktiver mit dem Auto zu fahren. Das sollte meines Erachtens auch ein Verkehrskonzept berücksichtigen und das sollte sich auch in einem Straßenbauprogramm niederschlagen.

Wenn ich mir dieses Straßenbauprogramm ansehe, muss ich dem Verkehrsreferenten doch widersprechen. Wenn ich bei „Radwege“ schaue, steht über dem Strich, also bei den Maßnahmen, die in der Regel verwirklicht werden, ausschließlich ein einziger Radweg, nämlich der in der Vogelweiderstraße zwischen Billrothstraße und Römerstraße. Das war´s dann auch schon. Unseres Erachtens ist dies zu wenig. Hier würden wir uns wünschen, dass die Prioritäten anders gesetzt werden und deshalb werden wir diesem Straßenbauprogramm auch keine Zustimmung erteilen.

GR. Mag. Humer: Ich möchte auf einen der SPÖ-Fraktion wichtigen Aspekt eingehen, und zwar betrifft dies den Kreisverkehr in der Boschstraße/Industriestraße. Dieser war ein Wunsch vieler Betriebe zur Verkehrsentschärfung. Heute beschließen wir ein Straßenbauprogramm 2014, die Umsetzung folgt. Namens der SPÖ-Fraktion möchte ich mich bei den vielen fleißigen MitarbeiterInnen in der Straßenmeisterei bedanken.

GR. Schönberger: Das vorliegende Straßenbauprogramm ist sehr umfangreich. Wünschen würde ich mir, dass nach den Wintermonaten die Prioritätenliste noch einmal durchgesehen wird. Es kann nicht sein, dass eine der stark befahrensten Kreuzungen, nämlich die Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße, wo bereits jetzt die Spurrinnen in der Grieskirchner Straße „Schlaglochqualität“ haben, unter „vielleicht Sanierung“ enthalten ist. Das Thema gibt es bereits seit drei Jahren. Es würde sich schon einmal auszahlen diese Rinnen so zu sanieren, dass man bei Befahren mit 35 km/h nicht die Hinterachse des Autos verliert. Es wäre wünschenswert die Straßen nach der Frequenz in der Priorität zu reihen.

StR. Kroiß: Meine sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Bürgerinitiative Wimpassing! Natürlich sind auch mir die Anrainerinteressen ganz wichtig. Nicht nur Vzbgm. Wimmer hat bereits die Mohnstraße besichtigt, auch ich war bereits mehrfach vor Ort. Zu diesem Thema werden sehr viele Varianten geprüft. Wenn Vzbgm. Wimmer sagt, auf der Albrechtstraße Richtung Mohnstraße sind keine Anrainer, so ist das falsch. Auf der Nordseite wohnen sehr wohl Anrainer. Diese haben ebenfalls ein Recht auf eine Lärmschutzwand, d.h. auch diese Anrainer gehören geschützt. Wie gesagt, es ist eine von vielen Lösungen, die derzeit noch geprüft werden. Die Lösung über die Moosbachstraße halte ich für nicht sehr gut – hier bin ich mit Vzbgm. Wimmer einer Meinung. Die Gespräche werden weitergeführt. Frau Mag. Herbsthofer ist mit dem Herrn Baudirektor und mit mir ständig in Kontakt.

Zum Thema Neinergutstraße darf ich anmerken: Hier soll es zu Grundstückseinlösungen kommen. Diese werden im Ausschuss noch beschlossen und sodann in das Bauprogramm aufgenommen werden.

Zu den Ausführungen der GRÜNEN-Fraktion betreffend Fahrradanteil in Wels, sage ich ja, wir haben leider 0,9 % weniger, sind aber in Oberösterreich immer noch Spitzenreiter, was die Statutarstädte und den Landesdurchschnitt betrifft. Zu deinen Angaben gibt es widersprüchliche Aussagen. Ich lese heraus 5,8 % plus Fußgängerverkehr, öffentlicher Verkehr ebenfalls 5 %. D.h. man muss schon genau schauen welche Zahlen verwendet werden. Die Welser sind wahrscheinlich sehr autofahrerfreundlich. Das hat mehrere Gründe – über die wir ebenfalls schon gesprochen haben. Wir haben viele Parkmöglichkeiten, das Parken ist sehr günstig. Leider Gottes fahren die Kinder heutzutage nicht mehr mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Fahrrad in die Schule. Es sind viele Dinge, die sich in dieser 10-Jahres-Erhebung zu Buche schlagen.

Lieber Karl Schönberger, wenn bei deinem Auto die Hinterachse beim Befahren der Oberfeldstraße runter fällt, würde ich entweder zum ÖAMTC oder ARBÖ fahren oder mir ein neues Auto kaufen. Auch ich fahre diese Straße sehr oft, ich gebe dir Recht – sie ist stark befahren - aber sie ist nicht die am stärksten befahrene Straße von Wels. Ich ersuche um Zustimmung.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die Berichterstattung. Hinsichtlich Prioritätenreihung gibt es einen Ausschuss, in dem solche Dinge diskutiert und Anträge gestellt werden können. Es wird darüber abgestimmt. Nachdem wird die Priorität mit dem Referenten festgelegt.

Was den Autobahnanschluss Wimpassing anlangt, darf ich Frau Magistratsdirektorin bitten, diesem Thema die höchste Priorität zuzumessen und die fünf oder sechs mittlerweile in Bearbeitung stehenden Varianten genauestens zu überprüfen. Danke dem

Kollegen Wimmer für diese neue Variante. Auch ich halte diese für eine geschickte Lösung.

Der Antrag (Anlagen 10 und 11) wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Wartinger war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

9.)

Bodenmarkierungsarbeiten im Stadtgebiet von Wels;
Auftragsvergabe
BauD-BauS-30-2014
BZ-VerkR-60-2013

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 20.01.2014:

Die Bodenmarkierungsarbeiten im Stadtgebiet von Wels, auf Gemeindestraßen für 2014 bis 31.03.2018, werden an die Bauschutz Gesellschaft mbH. & Co. KG, Wels, Dieselstraße 9, aufgrund deren Anbot vom 12.12.2013 und der darin enthaltenen Einheitspreise mit einem Auftragsvolumen für das Jahr 2014, in der Höhe von € 220.180,43 vergeben.

Die Einzelaufträge werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel erteilt.

Einstimmig angenommen.

10.)

Radarstation – Standort Eferdinger Straße;
Sachschaden durch einen Verkehrsunfall am 07.07.2013;
Reparatur – Auftragsvergabe
BZ-VerkR-20004-2013

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 20.01.2014:

Die Lieferung und Leistung für die Reparatur der Radarkabine und der darin befindlichen Kamera beim Standort Eferdinger Straße, aufgrund eines Unfallschadens, wird an die Siemens AG. Österreich, Straßenverkehrstechnik, Erdberger Lände 26, 1030 Wien,

aufgrund des Angebotes vom 11.07.2013, zum Preis von € 80.275,44 inkl. 20 % MwSt. vergeben.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

11.)

Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte;
Zubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Grundsatzbeschluss
SF-Schu-126-2011

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 28.01.2014:

1. Der Zubau bei den Schulen Stadtmitte sowie der Neubau einer Doppelturnhalle mit den erforderlichen Nebenräumen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 5.641.800,- inkl. USt. - Kostengenauigkeit +/- 20 % - durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Umbau im Bestand der Schulen Stadtmitte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 425.600,- exkl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 20 % - durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt.
3. Der Ankauf der Einrichtung für die o.a. Bauprojekte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 599.280,- inkl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 20 % - durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.
4. Die Errichtung eines Kunstrasenplatzes bei den Schulen Stadtmitte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 107.900,- inkl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 20 % - durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt.
5. Der EU-weite Wettbewerb für das o.a. Bauprojekt entsprechend dem BVergG 2006 soll um den Betrag von € 72.000,00 inkl. USt. durchgeführt werden.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich erinnere mich an ein Gespräch im Jahr 2011 mit der Direktorin der Neuen Mittelschule in der Rainerstraße. Diese wies damals bereits auf den dringenden Sanierungsbedarf und den Bedarf an zusätzlichen Räumlichkeiten hin. Damals war sie guter Hoffnung, dass vielleicht 2012 das Jahr für die Schulen in der Rainerstraße wird.

Jetzt haben wir Anfang 2014 und ich bin sehr froh diese Schulsanierungen und die Zubauten im Gemeinderat zu beschließen, denn ich glaube es ist akuter Handlungsbedarf gegeben, dass die SchülerInnen wirklich in adäquaten Räumlichkeiten lernen können, dass sie den Turnunterricht besuchen können ohne die Eisenhowerstraße überqueren zu müssen und dass es einfach gute Räumlichkeiten für den Nachmittagsunterricht gibt. Hoffentlich können wir bald das Schulsanierungskonzept III im Gemeinderat beschließen, denn die Schulen in der Stadtmitte sind nicht die einzigen – wie wir wissen – bei denen dringender Handlungsbedarf besteht.

GR. Hoflehner: Endlich! - möchte man fast sagen. Nach nunmehr fünfjähriger Diskussion! Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag einstimmig beschlossen wird. Meinerseits brauche ich nicht noch einmal auf die wirklich widrigen Verhältnisse in den Schulen eingehen. Diese entsprechen nicht mehr den Anforderungen der Zeit.

Ich finde es ganz toll was in den letzten neun Jahren getan wurde, von der Nachmittagsbetreuung der VS 2 bis zur Nachmittagsbetreuung Neu in der NMS 1. Die LehrerInnen, die SchülerInnen und auch die Eltern haben sich diesen heutigen Beschluss mehr als verdient, auch wenn die Fertigstellung der Vorhaben noch bis August 2016 dauern wird.

Auch die VS 10 ist dringend sanierungsbedürftig, ebenso die Turnhalle in Puchberg. Wenn wir bildungsorientiert sind und möchten, dass in der Stadt Wels der Bildungsanspruch örtlich und räumlich erfüllt wird, haben wir noch viel zu tun. Bei dieser Gelegenheit blicke ich noch auf die Vergangenheit zurück. Vor nicht allzu langer Zeit sprach ich über den Sozialindex in den Schulen. Dieser könnte angewandt werden. D.h. kurz wiederholt, dort wo bestimmte soziale Bedingungen ganz besonders stark vorhanden sind, könnte mit vermehrten Maßnahmen eingegriffen werden. Diesen möchte ich nochmals erwähnen, damit er nicht ganz in Vergessenheit gerät.

GR. DI. Haydinger: Die Stadt Wels hat in den letzten zwei Jahren sehr viel Geld in die Hand genommen um desolate Schulen zu sanieren und neue Schulen und Kindergärten zu errichten. Meiner Meinung nach wird der vor einigen Jahren beschlossene Masterplan kontinuierlich und, soweit er in den finanziellen Rahmen fällt, auch bestmöglich abgearbeitet. Dass man nicht alle Baustellen gleichzeitig sanieren und bearbeiten kann, ist klar. Ich verstehe die Kritik, die über die Presse kommuniziert wurde, der GRÜNEN-Fraktion nicht, dass im Bereich der Schulsanierungen nichts weitergeht.

Im konkreten Fall werden 6,8 Mio. Euro in die Schulen in der Rainerstraße investiert. Jeder, der diese Schule, die Platzsituation kennt, wird bestätigen, dass dieses Geld richtig investiert ist. Wir Freiheitlichen werden daher diesen Antrag unterstützen und begrüßen die Investitionen.

StR. Zaunmüller: Ich stimme zu 100 % mit dem Kollegen DI. Haydinger überein, es ist eine absolut wichtige und sinnvolle Investition. Im Jahr 2013 wurden über 3 Mio. Euro in Schulen investiert.

Die Kritik der Kollegin Mag. Mayerhofer betreffend Säumigkeit kann ich nicht verstehen, das sehe ich nicht so! Schauen sie sich die Zahlen 2013 und die heurigen Zahlen an.

Zu den Aussagen von Kollegen Hoflehner darf ich sagen, ja es gibt Projekte, die selbstverständlich noch realisiert werden müssen. Der Turnsaal in der VS Puchberg harrt ei-

ner unverzüglichen Lösung. Die Ausschussmitglieder wissen, wie weit wir hier schon sind. Ich wünsche mir, dass wir heuer noch zu einer sehr guten Lösung kommen werden, was die VS Puchberg – speziell den Turnsaal – betrifft.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch anführen: Die Wünsche, die Anmeldungen, die Anforderungen an den Referenten bzw. an das Gremialorgan des neuen Schulsanierungskonzeptes der PädagogInnen belaufen sich auf ungefähr 50 Mio. Euro. Also mit 50 Mio. Euro kann der Schulreferent im nächsten Jahr die Wünsche der PädagogInnen, der DirektorInnen befriedigen. Ich bin bereit dazu, wenn mir der Herr Finanzreferent in erster Linie und das Gremium nächstes Jahr diese budgetären Mittel zubilligen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Johann Reindl-Schwaighofer

12.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Mittel für die Wohnbauförderung;
Resolution
DI-Verf-019-2014

GR. Reindl-Schwaighofer: Der Initiativantrag der SPÖ-Fraktion betrifft ein Thema, welches wir im Gemeinderat bereits im letzten Jahr sehr intensiv diskutierten. Gemeinsam sind wir der Meinung, dass im sozialen Wohnbau mehr Initiativen gesetzt werden müssen. Wir setzten uns sehr intensiv mit der Frage der Kosten, der Mieten auseinander und wissen, dass beispielsweise ab 40 % des monatlichen Einkommens für den Bereich Wohnen ausgegeben werden. Deshalb gibt es viele armutsgefährdete Familien.

Wir von der SPÖ-Fraktion haben uns mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigt, haben einen Initiativantrag eingebracht, der eine breite Zustimmung fand. Die Zweckwidmung der Wohnbauförderung wurde aufgelöst bzw. aufgehoben. In ganz Österreich gibt es keinen Experten aus dem Bereich Wohnbau, der nicht der Meinung ist, dass die Frage der Zweckwidmung der Wohnbaumittel eigentlich die Grundlage für den Bau von Wohnungen mit ausreichenden sozial verträglichen Kosten ist. Darum entschieden wir uns diese Resolution einzubringen, weil es für uns alle wichtig sein wird, dass die Mittel, die ursprünglich über unser Einkommen in die Wohnbauförderung fließen, der Wohnbauförderung zugute kommen.

Darum ersuche ich sie gemeinsam diese Resolution zu beschließen. Sie wissen, die Finanzausgleichsverhandlungen zwischen den Bundesländern und dem Bund wurden aufgeschoben, aber es wird bereits die Frage der Zweckwidmung der Wohnbauförderung diskutiert. Hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Ich denke, dass wir eine laute Stimme des Gemeinderates der Stadt Wels sein sollten. Mit dieser Resolution sprechen

wir uns klar dafür aus die Zweckwidmung wieder einzuführen und dass die Gelder für den sozialen Wohnbau darin enthalten bleiben sollen und nicht – so wie in der Vergangenheit – für alle möglichen Projekte verwendet werden. Nur nicht für die Personen, welche die soziale Basis unserer Bevölkerung sind. Ich ersuche sie um Zustimmung zu dieser Resolution.

Vzbgm. Dr. Rabl: Der Antrag der SPÖ-Fraktion in dieser Angelegenheit überrascht mich einigermaßen. Die Zweckwidmung der Wohnbauförderung wurde in den 80er Jahren eingeführt. Das erste Mal wurde diese etwas 1996 aufgelockert durch das Kabinett Vranitzky 5, das zweite Mal abgeschafft durch eine SPÖ-/ÖVP-Regierung 2008, mitgestimmt hat übrigens der Parteikollege Kirchgatterer, wie wir wissen.

Die Freiheitlichen brachten bereits im Nationalrat 2012 einen Antrag ein, man möge die Zweckwidmung doch wieder einführen. Wer hat dagegen gestimmt? Wenig überraschend – die SPÖ. Die GRÜNEN brachten im Februar 2013 einen diesbezüglichen Entschließungsantrag durch die oberösterreichische Abgeordnete Moser ein. Wer hat dagegen gestimmt? SPÖ und ÖVP. Es ist schon etwas verwunderlich uns heute darüber zu unterhalten, dass es diese Zweckwidmung geben soll, wenn gleichzeitig die SPÖ im Bund diese Zweckwidmung verhindert.

Nun muss ich doch der SPÖ-Fraktion in der Stadt Wels vorwerfen, dass sie doppelbödig ist. Gleichzeitig sitzen genau diese SPÖ-Vertreter in den entsprechenden Gremien, wie einer Bundesleitung oder einem Landespartei Vorstand, wo man es vertreten hätte können. Ich glaube daher es wäre sinnvoller anstatt hier im Gemeinderat Resolutionen einzubringen, einmal Ordnung in der eigenen Partei zu schaffen und zu wissen, was die rechte Hand und die linke Hand tut. Offensichtlich ist es so, dass die Stadt nicht weiß was der Bund macht und umgekehrt. Insofern wäre es wünschenswert, die Aufgaben in der eigenen Partei zu erledigen und nicht den Gemeinderat mit Resolutionen zu überhäufen, die dann nichts bringen, weil die eigene Bundespartei diese wieder ablehnen wird.

Ich bin schon ein bisschen skeptisch. Wir werden natürlich diese Resolution unterstützen, weil es eine langjährige Forderung der FPÖ war, diese Zweckwidmung wieder einzuführen. Ich glaube jedoch nicht, dass diese Resolution etwas nützen wird, weil die Bundes-SPÖ diese ablehnen wird.

Im Übrigen ist der Grund auch ganz einfach: Die Wohnbauförderungen werden dem jeweiligen Bundesland zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wien hat damit ein Ausgleichsgeld, d.h. diese kann damit machen was sie will. Wenn sie bei dem Wohnungsbudget etwas wegnimmt, kann sie dieses für andere Angelegenheiten verwenden – diese Flexibilität will man sich erhalten. Genauso wie die ÖVP in Oberösterreich, die es entsprechend gleich argumentierte. D.h. ich würde mir wünschen anstatt derartige Resolutionen zu schreiben, lieber Johnny, dass die eigene Partei in Wien diesen Resolutionen zustimmt und die eigenen Anträge entsprechend unterstützt und nicht hier so tun, als wäre das ein großes soziales Anliegen der SPÖ, wenn gleichzeitig im Bund genau das Gegenteil gemacht wird. Da sieht man auch wie ernst es die SPÖ meint, wenn es um soziale Anliegen geht. Nämlich gar nicht ernst – sobald man den einfachen Leuten helfen will, sobald man billigen Wohnraum schaffen will, ist die SPÖ dagegen. Da sieht man auch wie sozial diese Partei wirklich ist, nämlich gar nicht.

Lieber Johnny, vielleicht gehst du ins Parlament und beschwerst dich beim Clubchef, gehst zu deinem eigenen Minister, die zuständige Kollegin Bures, überzeugst sie von deiner Linie und dann kommst du wieder hierher und wir beschließen eine Resolution. Dies wäre vielleicht sinnvoller als darüber zu diskutieren, wie es denn gehen könnte. Eines weiß ich, die GRÜNEN sind dafür – es gibt einen Antrag; die FPÖ ist dafür – es gibt einen Antrag; fehlt nur mehr die SPÖ – dann haben wir eine Mehrheit im Nationalrat. Diese Vorgangsweise wäre ehrlicher, als dass wir hier so tun als wären wir die großen Sozialen und spielen uns hier groß auf.

GR. LAbg. Dr. Csar: Dieser Antrag der SPÖ-Fraktion klingt sehr problemlösend. Aber was wollen wir erreichen? Man möchte, dass entsprechende Mittel für die Wohnbauförderung zur Verfügung stehen, dass entsprechende Häuser, Wohnungen, Wohnraum geschaffen werden und dementsprechend sich die Situation der Bevölkerung in Oberösterreich verbessert. Ist es zur Zeit so schlecht? LR. Haimbuchner tritt massiv für eine Verbesserung ein, dementsprechend investiert er auch. Ich bin der Meinung es könnte besser werden. Vzbgm. Dr. Andreas Rabl, du könntest dich auch an den Herrn Wohnbaureferenten Haimbuchner wenden und ihn unterstützen mit deinen wortgewaltigen Ausführungen, damit er zusätzlichen Wohnraum schafft.

Vzbgm. Dr. Rabl: Wenn er genug Geld erhält, dann ja!

GR. LAbg. Dr. Csar: Er bekommt genug Geld, darauf komme ich noch zu sprechen. Er kann damit natürlich auch fleißig investieren. Wie viel Geld bekommt er ihm Jahr? 240 Mio. Euro Wohnbauförderungsbudget des Landes Oberösterreich, welches eingesetzt werden kann. Wenn für dieses Geld eine Zweckwidmung ausgesprochen werden würde, würde dem Wohnbau genau soviel Geld zur Verfügung stehen. D.h. kein Cent mehr oder weniger. Daher weiß ich nicht, was das mit den anderen Bereichen soll? Deswegen werden nicht mehr Wohnungen errichtet. Man spiegelt nur die falschen Tatsachen, damit man glaubt, es wird neuer Wohnraum geschaffen. Das ist einfach nicht wahr, das ist eine falsche Behauptung. Es ist ärgerlich so mit der Intelligenz der Welser Bevölkerung zu spielen und dementsprechend versucht eine Resolution einzubringen.

Wir als ÖVP möchten, dass der Wohnbau gefördert und Wohnraum geschaffen wird. Aber wir möchten ehrliche Politik machen und nicht eine Politik, mit der Sand in die Augen der Bevölkerung gestreut wird und so tut, als ob wir mit einem solchen Antrag plötzlich einen Haufen Geld zur Verfügung gestellt bekommen und dadurch die Wohnbauförderungsmittel immens erhöht werden. Das stimmt einfach nicht – bitte bei der Wahrheit bleiben und nicht polemisieren! Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen.

GR. Reindl-Schwaighofer: LAbg. Dr. Csar redet von Sand in die Augen streuen und weiß ganz genau, dass nicht einmal ein Bruchteil der Mittel für die Wohnbauförderung nach Oberösterreich überwiesen und für den Wohnbau eingesetzt werden. Natürlich wird ab der Zweckwidmung der Gelder für den sozialen Wohnbau auch der Rücklauf der Darlehen nicht dem Wohnbau entzogen werden. Jeder ernst zu nehmende Experte weiß ganz genau, dass die Frage des Volumens des Baues auch eine Auswirkung auf die Wohnkosten für den einzelnen Mieter hat. Mir war jedoch klar, dass ein ÖVP-Landtagsabgeordneter nicht seinem Finanzreferenten Dr. Pühringer in den Rücken fallen kann, weil natürlich die Landeshauptleute, d.s. auch die Landeshauptleute der SPÖ, alle erpicht sind die Gelder so einzusetzen, wie sie es im Landtag beschließen wollen. Nur in so einer wichtigen Frage des sozialen Wohnbaues wird es unumgänglich sein, die Gelder wieder zweckgebunden einzusetzen.

Zu Vzbgm. Dr. Rabl darf ich sagen, natürlich stimmt es, dass diese Fragen sich in einem Prozess entwickeln. Immer mehr Personen aus der Sozialdemokratie sind der klaren Meinung, dass die Frage der Zweckwidmung sehr wichtig ist. Wenn wir heute diesen Antrag einbringen ist mir klar, dass der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz derzeit keine Freude hat, denn dieser sprach sich sofort dagegen aus weil er sagte, dann muss man darüber reden ob ein Schulbau nicht auch ein Wohnbau ist? Ist er nicht! Wir brauchen sozialen Wohnbau, wir brauchen die Mittel für den sozialen Wohnbau. Wir unterhalten uns ja nur mit den Menschen aus den Wohnbauträgern oder mit den Menschen der Genossenschaften – diese sagen, dass bestimmte Mietkosten nicht unterschritten werden können, weil die Darlehensvolumen fehlen.

Die Frage der sozialen Politik in Oberösterreich ist ganz wichtig, da gebe ich dir, Herr Vizebürgermeister Dr. Rabl, Recht. Wenn du mit dem Finger auf die SPÖ zeigst, würde ich zuerst einmal auf die Freiheitliche Fraktion im Landtag zeigen, die mit einem ganz klaren kaltschnäuzigen Beschluss die Waisen, Studenten u.a. um die Wohnbaubehilfe brachte. Das sind Millionen von Euros! Das ist die Politik der FPÖ - groß reden, aber andere Beschlüsse gemeinsam mit der ÖVP fassen und genau die Personen, die diese Zuschüsse benötigen damit treffen, wenn es darum geht einzusparen. Da kannst du groß reden – die Frage ist nur, wie schaut die konkrete Politik aus? Ich kann das Tun eines Ministers nicht beeinflussen, aber ich habe meine eigene Meinung. Die Gelder sollen im Kreislauf des sozialen Wohnbaus bleiben und nicht für etwas anderes verwendet werden. Darum ersuche ich sie diesen Antrag gemeinsam zu beschließen. Ich weiß es ist ein Appell an die Bundesregierung, aber genau darum geht es. Wir haben eine politische Willensbildung hier im Gemeinderat.

Der Initiativantrag (Anlage 15) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Buttinger und GR. Hoflehner waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Unterbindung des Wildwuchses von Wettbüros;
Resolution
DI-Verf-020-2014

GR. Reindl-Schwaighofer: Aus aktuellem Anlass haben wir uns entschieden eine Resolution an das Land Oberösterreich einzubringen, weil es darum geht, wie sich die Frage der Wettbüros – hier gibt es verschiedene Zugänge betreffend Genehmigungen – in der Stadt Wels entwickelt hat. Wenn das Land Oberösterreich den Betrieb eines Wettbüros genehmigt, haben wir als Stadt Wels keine Möglichkeit dies zu verhindern. Das ist im Wesentlichen der Kern unserer Resolution. Es kann nicht sein, dass uns die Landesbe-

hörde diese Wettbüros reihenweise „auf´s Auge drückt“ – das sage ich wirklich so „reihenweise“. Es gibt in der Stadt Wels 41 Wettannahmestellen, Wettstandorte. In 36 Trafiken werden Sportwetten angenommen. Es gibt 94 Terminals, in denen persönlich die Wetten eingegeben werden können. Es ist ein absoluter Wildwuchs der Wettbüros!

Mit dieser Resolution verlangen wir als Stadt eine Parteistellung in diesen Verfahren, um diese Anträge auch ablehnen zu können. Das ist der wesentliche Inhalt unseres Antrages. Ich ersuche sie um Zustimmung.

StR. Kroiß: Zuerst möchte ich festhalten, dass auch wir Freiheitlichen gegen diesen Wildwuchs der Wettbüros in Wels sind. Wir starteten bereits im März 2012 eine Initiative und verfassten an das Land Oberösterreich eine gemeinsame Resolution. Diese lautete „Einleitung von Schritten zur Unterbindung des Wildwuchses in Wettbüros - Betretungsverbot solcher Betriebe von Personen unter 18 Jahren – Reglementierung von Wettunternehmen, die ihre Tätigkeit offensichtlich aufgrund eines freien Gewerbes ausüben – Schließung etwaiger rechtlicher Lücken“. Damals brachten wir unter unserer Initiative einen Vierparteiantrag ein. Lieber Johnny, ich hätte mir schon gewünscht einen gemeinsamen Antrag zu formulieren und damit unsere Forderungen zu unterstreichen. Anscheinend bist du bei diesem Thema eher ein Einzelkämpfer und willst hier nicht mit den anderen Fraktionen zusammenarbeiten.

Erläutern möchte ich noch, was mit der damaligen Resolution an das Land Oberösterreich geschah. Das Land Oberösterreich war nicht ganz untätig – es gab eine Novelle des Oberösterreichischen Spielapparate- und Wettgesetzes. Diese wurde einstimmig beschlossen. Im Wesentlichen ist enthalten, dass auch jene Wettlokale, die bisher im freien Gewerbe angemeldet und betrieben werden konnten, nun bewilligungspflichtig sind. D.h. mittlerweile bedarf jedes Wettunternehmen einer Bewilligung der oberösterreichischen Landesregierung. Wenn dieser Betrieb zusätzlich eine Gastgewerbekonzession benötigt, braucht er natürlich die dementsprechende Konzession seitens der Stadt Wels von der Gewerbebehörde. Ich glaube daher lieber Johnny, dass ein Teil deiner Resolution nicht ganz richtig ist, weil du im letzten Satz wieder auf diese Reglementierung eingehst auf Basis eines freien Gewerbes. Das stimmt nicht mehr. Auch wenn die Genehmigung vom Land erteilt wird – es ist kein freies Gewerbe mehr.

Nunmehr zurück zur Resolution aus dem Jahre 2012. Das war aber schon der einzige Wunsch, den wir als Stadt Wels erfüllt bekommen haben. Nichtsdestotrotz schrieb der damalige politisch verantwortliche SPÖ-Landesrat Dr. Keplinger in einem Brief an die Stadt Wels: „Wir gehen davon aus, dass mit der gegenständlichen Novelle aus dem Jahre 2012 der Resolution der Stadt Wels bestmöglich Folge geleistet wurde.“ Wir sind uns einig, dieser Resolution wurde sicher nicht bestmöglich Folge geleistet.

Der jetzt zuständige SPÖ-Landesrat Entholzer ist nun der Meinung, dass noch etwas nachgebessert gehört, um auch die Kontrolle zu erleichtern. D.h. es wurde bereits im vergangenen Herbst eine neue Novellierung in Aussicht gestellt. Bei dieser ist das Betretungsverbot für Personen unter 18 Jahren vorgesehen, weil sie ja als Minderjährige noch nicht spielen dürfen. Auch hier ist es so, dass die politische Verantwortlichkeit bei der SPÖ im Land liegt und die Welser SPÖ über die Landes SPÖ es leichter hätte beantragen können, als mit dieser Resolution. Wir müssen unsere Resolution viel mehr konkretisieren bzw. neu verfassen. Sonst bekommen wir wieder ein Schreiben seitens des SPÖ-Landesrates in dem steht, dass unsere Wünsche bestmöglich erfüllt wurden. Das Betretungsverbot soll mit der neuen Novelle in Kraft treten, auch die Reglementie-

rung ist bereits enthalten. Wir sollten unsere Wünsche mit den Experten im Hause Magistrat konkretisieren und dann eine gemeinsame Resolution verfassen.

GR. Weidinger: Vieles sagte Kollege Kroiß bereits. Ergänzen bzw. ein bisschen „Licht ins Dunkle bringen“ möchte ich dahingehend, denn so wirklich befasst hast du dich, lieber Johnny, nicht. Der Antrag der SPÖ verspricht vieles – sieht man diesen genauer an, müsste bereits eine konkrete Forderung enthalten sein. Bereits erwähnt wurde, dass es den Namen Wettbüro nicht mehr gibt. In Zukunft heißen diese Wettbüros „Automatensalons und Einzelaufstellungen“. Wettbüros oder Wettlokale, die du in dieser Resolution nennst, sind dann nur mehr Lokale, in denen Sportwetten durchgeführt werden. Meine Damen und Herren, das ist in Wels nicht verboten. Es gibt einige solcher Lokale im Welser Stadtgebiet. Diese unterliegen keiner gesonderten gesetzlichen Regelung.

Wenn man von Seiten der SPÖ den Spielerschutz stärken will, dann geht dieser Antrag auch am Thema vorbei. Was passiert mit den Menschen die am PC, am Tablet oder am Handy spielen? Diese unterliegen keinem Schutz und keiner Kontrolle. Es gibt ca. 160.000 Spielsüchtige in Österreich, weitere 240.000 Menschen sind gefährdet. Hier müsste eher ein Impuls der Bundesregierung kommen um den Spielerschutz zu stärken. Der Spielerschutz hat in diesem neuen Gesetz einen sehr großen Niederschlag gefunden.

Um was geht es in diesem Antrag? Gemäß § 3 Glückspielgesetz ist das Recht zur Durchführung von Glücksspielen grundsätzlich dem Bund vorbehalten. Eine Ausnahme von diesem Monopol besteht für die im § 4 Abs.2 Glückspielgesetz angeführten und im § 5 näher erläuterten Landesauspielungen mit Glückspielautomaten, für welche eine landesgesetzliche Regelungskompetenz besteht. Den Landesgesetzgebern ist es dementsprechend möglich im Rahmen des § 5 Glückspielgesetzes die Aufstellung und den Betrieb von Glückspielautomaten zu erlauben oder zu verbieten.

Automatensalons sollen unter strengem Spielerschutz und Aufsichtsbestimmungen von den Ländern genehmigt werden. Da die Glückspielautomaten nunmehr im Oberösterreichischen Glückspielautomatengesetz geregelt werden, muss auch das Oberösterreichische Spielapparate- und Wettgesetz entsprechend angepasst werden.

Weiters wurde noch der Jugendschutz angeführt. Das Jugendschutzgesetz wurde bereits in die neue Fassung aufgenommen. In den Automatensalons – wie es zukünftig heißt – ist die Einrichtung eines Zutrittsystems vorgesehen, welches sicherstellt, dass jeder Besucher volljährig ist und seine Identität durch Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises nachgewiesen hat.

Was mich jedoch interessiert ist die Einschränkung mit den Automatensalons. Es gibt eine Regelung, die besagt, im Umkreis von 15 km einer Spielbank wären überhaupt Automatensalons verboten. Wir kennen alle das WinWin, es ist eine Tochtergesellschaft der Casino Austria – da muss man sich die Frage stellen, ob dies eine Spielbank ist oder nicht nach dieser Gesetzesmaterie? Im Umkreis von 300 m oder in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern von 150 m Luftlinie eines Automatensalons mit mehr als 50 Glückspielautomaten ist kein weiterer Automatensalon mit mehr als 50 Glückspielautomaten erlaubt. D.h. es ist eine Regelung – man müsste sich ganz genau anschauen welche Salons nun in dieses Gesetz fallen oder nicht.

Genannt wurde auch der Spielerschutz. Dieser ist in diesem neuen Gesetz inkludiert. Ansprechen möchte ich noch die gewisse Machtlosigkeit der Stadt Wels bei Hausbesit-

zern, die ihre wertvollen Verkaufsflächen an Wettbetreiber vermieten und so ja auch für einen Wildwuchs in Wels sorgen. Das Umfeld eines Wettbüros sorgt für Unbehagen in der Bevölkerung. Das sollten wir sehr ernst nehmen. Auch die von der SPÖ geschilderte Begleitkriminalität kann als gegeben angenommen werden. Der Grundgedanke dieses Antrages, nämlich den Wildwuchs einzudämmen, erkennen wir als ÖVP-Fraktion. Deswegen werden wir diesen Antrag auch unterstützen.

GR. Josseck-Herdt: Nachdem Kollege Weidinger bewiesen hat, wie tief er in die Materie eindrang, mir aber das bei weitem nicht geholfen hat mich zu orientieren, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 16) in den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
17 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter GR. Mag. Bernhard Humer

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aufstockung der Polizeikräfte und Errichtung zusätzlicher Wachzimmer;
Resolution
DI-Verf-027-2014

GR. Mag. Humer: Bei diesem SPÖ-Initiativantrag soll eine an das Innenministerium gerichtete Resolution beschlossen werden. Das Thema Sicherheit begleitet uns durch viele Gemeinderatsitzungen und ist oft in vielfältigen Formen auf der Tagesordnung vorzufinden. Im Jänner wurde dieses Thema ausführlich in den Medien unter „Strukturreform bei der Polizei“, „Schließungen und Zusammenlegung von Wachzimmern“ gebracht, deshalb wollen wir hier ein Zeichen setzen. Wels kann die Kriminalität betreffend nicht als „Insel der Seligen“ bezeichnet werden. Die Polizei leistet aber ganz hervorragende Arbeit. Das Problem der Polizeibeamten ist Arbeitsdruck, Arbeitsüberlastung, viele Überstunden; Krankenstände und Urlaub können kaum kompensiert werden.

Woran liegt das nun? Wie viele Planposten waren im Jahr 2000 in Wels und wie viele sind es heute? So fehlen nach unseren Information etwa 30 - 50 Planposten. Die tatsächliche Schließung von Wachzimmern in Wels dürfte nun endgültig vom Tisch sein. Wir wollen aber nicht nur Wachzimmerschließungen und Zusammenlegungen verhin-

dern. Wenn ich in meine Kindheit zurückblicke, gab es in jedem Stadtteil ein Wachzimmer. Ich sehe es bei uns in der Vogelweide. Im Stadtteil Laahen befindet sich ein Wachzimmer und alleine dieses Gefühl des Wachzimmers mit Polizeischild führt zu einem subjektiven Sicherheitsgefühl der Menschen. Ich weiß schon, derartige Resolutionen – man kann darüber denken wie man will – bewirken etwas oder nichts. Unsere Bürger aber haben ein subjektives Sicherheitsbedürfnis, dafür haben wir alle gemeinsam einzustehen.

Es kommt mit Tagesordnungspunkt 16. der inhaltlich in eine ähnliche Richtung gehende Antrag von der ÖVP-Fraktion. Wir wünschen uns in den einzelnen Stadtteilen entsprechende Wachzimmer. Ob es tatsächlich dazu kommt, liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderates, sondern bei den zuständigen Stellen im Innenministerium. Wir können dieses Anliegen alle unterstützen, denn es geht um die Sicherheit, es geht um die Welser Bürgerinnen und Bürger.

Lieber Kollege Weidinger, lieber Kollege Pernkopf, lieber Kollege Kroiß! Ihr solltet den Personalstand haben, den ihr euch verdient, denn ihr leistet so viel mehr als vor 20 Jahren. Die Beschwerden werden immer mehr, die Dienstleistungen nehmen zu. Ich ersuche nach einer allfälligen Diskussion um Abstimmung zur Einbringung dieser Resolution.

StR. Kroiß: Meine Damen und Herren, erlauben sie mir, dass ich die Anträge 14. und 16. gemeinsam thematisiere. Es wurden schon sehr viele Resolutionen zum Thema Sicherheit in diesen Gemeinderat eingebracht – mit mehr oder weniger großem Erfolg. Ich kann mich noch sehr genau an meine erste Resolution zum Thema Sicherheit erinnern, wobei es sich um Personalaufstockungen bei der damaligen Bundespolizeidirektion Wels im Jahr 1997 ging. Seitdem beschäftigten sich die Welser Freiheitlichen sehr intensiv mit dem Thema Sicherheit. Wir starteten damals schon die Initiative des Sicherheitsbeirates. Wir waren damals schon der Meinung, das Thema Sicherheit gehört breit diskutiert und aufgestellt. Im Laufe der Jahre zeigten wir auf, dass die Polizei mehr Personal benötige und die Wachzimmerstruktur erhalten bleiben muss.

Über unsere Initiative wurde die Ordnungswache eingerichtet und das Thema Videoüberwachung heftig thematisiert. Ich möchte nicht jeden einzelnen FPÖ-Antrag zum Thema Sicherheit aufzählen. Zu diesem Thema gab es sehr viele gemeinsame Anträge, weil sich alle Fraktionen einig sind: Wir brauchen mehr Polizeipersonal und die Wachzimmerstruktur soll erhalten bleiben. In diesem Fall wäre es sicher zielführender gewesen, gemeinsam einen Antrag zu formulieren. Die SPÖ-Fraktion fordert die Aufstockung auf das Niveau des Jahres 2000 und zusätzliche Wachzimmer. Die ÖVP-Fraktion fordert gleichbleibende Wachzimmer, jedoch soll der Personalstand erhöht werden. Die SPÖ-Fraktion will die Resolution an die Bundesregierung, das Bundesministerium für Inneres, Landespolizeidirektion und die Oö. Landesregierung schicken. Die ÖVP-Fraktion möchte dies nur an die Bundesregierung schicken.

Wenn wir beide Resolutionen so beschließen, sind wir mehr als unglaublich. Die Resolutionsempfänger werden sich denken, die wissen in Wels nicht was wir wollen. Uneinigkeit beim Thema Sicherheit war noch nie von Vorteil. Wir sollten eine gemeinsame Resolution verabschieden, mit einer gemeinsamen Stimme sprechen, weil wir uns in dieser Sache in vielen Dingen einig sind.

Nun aber zum eigentlichen Auslöser dieser Resolution. Im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP wurde im Rahmen des Projektes „Moderne Polizei“ niedergeschrieben, dass es zu einer Verbesserung der Dienststellenstruktur kommen soll. Gemeint war damit, es sei politischer Wille Wachzimmer zu schließen. Im Dezember 2013 beantragte die FPÖ in einer Sondersitzung einen Beschluss, damit keine Wachzimmer geschlossen werden sollen. Dieser Antrag wurde von der SPÖ, ÖVP, NEOS und den GRÜNEN abgelehnt.

Wir haben einen Vertreter der Stadt Wels im Nationalrat. Fanden sie eine Wortmeldung dieses Vertreters im Nationalrat, wo er sagte, dass wir nicht weniger Polizei und Wachzimmer in Wels benötigen, sondern mehr? Sie werden keine einzige Wortmeldung finden. Anfang Jänner wurden erste Gerüchte über mögliche Schließungen von Wachzimmern in Oberösterreich bzw. in Wels konkret. Obwohl Wels nie auf einer offiziellen Liste aufschien, brachte die ÖVP-Fraktion Mitte Jänner einen Antrag gegen mögliche Schließungen ein. Wusste die Welser ÖVP hier schon mehr als die anderen? Warum wusste sie mehr oder wurden hier bewusst Gerüchte gestreut, um dann als Retter der Polizeiinspektionen dazustehen?

Tatsächlich kam es durch diese Gerüchtebörse zu einer Beunruhigung der Bevölkerung und der Kollegen der betroffenen Polizeiinspektionen. Als Begründung des Antrages führt die ÖVP-Fraktion die höchste Kriminalitätsbelastung - Wels liege im Bereich des Suchtgifts und Einbruchs im negativen Spitzenfeld - an. Wenn die FPÖ-Fraktion dieses Thema früher ansprach, wurde uns übelste Polemik und Schlechtmacherei vorgeworfen und wir hätten kein Vertrauen mehr in die Polizei Wels. Dieser Antrag bestätigt dies jedoch.

Wir sollten gemeinsam für die Erhaltung der Wachzimmerstruktur und für mehr Personal kämpfen, aber bitte in Form eines einheitlichen Antrages.

GR. Pernkopf: Es wurden unterstützenswürdige Dinge angesprochen. Zur Resolution möchte ich aber schon einige Klarstellungen treffen. Bei den in Diskussion befindlichen Wachzimmerschließungen handelt es sich um Dienststellenstrukturanpassungen und in Wels heißt es im Fachjargon „Polizeiinspektionen“ und nicht „Wachzimmer“.

2005 fand die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie statt – vor fast 10 Jahren. Wir hatten in Wels nie eine Hundestafel und auch keine Cobra. Das Einsatzkommando Cobra befindet sich in Linz, die über eine sehr gut ausgestattete Spezialeinheit verfügt und die auch in Wels tätig ist. Die neue Diensthundeinspektion Linz-Laakirchen-Ried versucht mit ihren Kräften das ganze Land Tag und Nacht zu bestreifen. Das gelingt sehr gut.

Es gibt eine Spezialeinheit, die Einsatzgruppe zur Bekämpfung von Straßenkriminalität, die leider mit ihren Kräften sehr oft in Wels tätig ist. Der Personalstand – das wird ja immer verhehlt – liegt in einem Plus über dem systemisierten Stand. Ich weiß es sind nur zwei und es sollten mehr sein. Ich sitze selbst im Zentralausschuss und im Fachausschuss auf Landesebene und im BMI, deshalb weiß ich wovon ich spreche. Es gibt einen Stellenplan des Bundes und der darf nicht mit Aufnahmen übertroffen werden. Der zuständige Minister Dr. Ostermayer legt mit der gesamten Bundesregierung fest, wie hoch der Personalstand des Innenressorts ist. Personal sollte mehr sein, aber die Polemik dabei weglassen und sich überlegen, was zeitgemäß in der Sicherheitspolitik ist. Das ist das richtige Ansinnen.

GR. Josseck-Herdt: Zum Wohle der Sicherheit der Welser Bevölkerung stelle ich somit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 17) zur weiteren Beratung wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (FPÖ- Fraktion)
24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP-und GRÜNE-Fraktion)
abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. Dipl.-Ing. Haydinger waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es gibt kaum ein Thema, bei dem so unseriös argumentiert wird, wie beim Sicherheitsthema. Nachdem es der Freiheitlichen Partei in den letzten Jahren durch unzählige Anträge gelang das Gefühl zu erzeugen, dass in Wels ein Sicherheitsproblem herrsche, geht es jetzt noch einen Schritt weiter. Die Parteien liefern sich ein Rennen darum, wer den weitgehendsten Antrag liefern kann. Wir sind selbstverständlich für mehr Polizei in Wels und vor allem für mehr Polizei auf der Straße. Aber es kann nicht darum gehen, sich ständig mit neuen Anträgen zu überbieten.

Bei Betrachtung der Entstehungsgeschichte der beiden Anträge 14. und 16. der Tagesordnung sieht man, der Antrag der ÖVP-Fraktion wurde zwei Tage früher eingebracht. Die SPÖ-Fraktion versucht diesen Antrag noch zu dopen, indem sie nicht nur mehr Polizisten fordert, sondern auch noch mehr Wachzimmer. Das bezeichne ich als keinen guten Stil zwischen den Parteien. Ich denke, es müsste weder den einen noch den anderen Antrag geben, weil wir uns in dieser Sache sowieso einig sind. Aber wenn schon ist es seriöser zu sagen, wir wollen weiterhin – was wir immer schon wollten -, dass die dienstzuge teilten Polizisten in ihrer Anzahl erhöht werden. Wir brauchen keinen Antrag, der darüber hinausgeht und dessen Forderungen wir hier ganz sicher nicht beurteilen können. Nämlich, ob es mehr Polizeiinspektionen braucht dafür, dass mehr Polizei auf der Straße ist. Das ist das eigentliche Ziel. Wie das organisatorisch bewältigt wird, wird die Polizei besser wissen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Dieses Thema beschäftigt die Stadt Wels bereits seit einigen Jahren. Aus diesem Grund nahmen wir Bezug auf das Jahr 2000. Ich glaube wir sind uns alle einig, dass insgesamt in der Stadt Wels heute weniger Polizisten aktiven Dienst verrichten als im Jahr 2000. Nachdem wir alle wache politische Beobachter sind, wussten wir genau, als die Diskussion über die Schließung von 10 % der Wachzimmer der Polizei österreichweit ausbrach, dass es nicht sicher sein kann, ob in Wels alle Wachzimmer bleiben würden. Zur Erinnerung – war hatten schon mehr Wachzimmer im Jahr 2000.

Als SPÖ-Fraktion machten wir eine Presseaussendung etwa zwei drei Tage nach dieser Diskussion und meinten einen Antrag einbringen zu müssen. Dieser sagt nichts anderes aus, als dass wir als Kommunalpolitiker in dieser Stadt nicht zuschauen werden

wie wir in der Frage Wachzimmer und Polizei noch stärker unter Druck geraten. Als Beispiel möchte ich Bürgermeister Auer anführen, denn Bürgermeister Auer „kauft die Frau Ministerin genauso ein Pfeiferl wie uns allen anderen“, wenn es darum geht ihre Programme durchzuziehen. Darum ist es wichtig gemeinsam diese Anträge zu beschließen – dies inkludiert auch den TOP 16. – um ganz deutlich zu machen, dass wir als Stadt Wels es uns nicht gefallen lassen immer mehr in der Frage der Mannschaftsstärke unter Druck zu geraten. Es ist eine Forderung der Sozialdemokratie in der Stadt – die von uns gesammelten Unterschriften wurden Frau Ministerin Mikl-Leitner übergeben – in den Stadtteilen wieder Wachzimmer zu haben.

Vzbgm. Dr. Rabl: Ich sehe mich veranlasst ein paar Dinge festzuhalten. Alle Parteien wollen mehr Polizei in Wels, mit Ausnahme der GRÜNEN-Fraktion – da bin ich mir nicht ganz so sicher. Offensichtlich ist Wels in Sachen Kriminalität und Drogen Spitzenreiter, sonst bräuchten wir nicht mehr Polizeipräsenz, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu heben. Wenn die Freiheitlichen diese Aussagen tätigten, wurden wir bisher als Populisten oder Sonstiges bezeichnet. Heute liegen diese Dinge klar auf dem Tisch. Irritieren in dieser Angelegenheit tut mich die Doppelbödigkeit der SPÖ. Das hatten wir heute bereits mit Kollegen Reindl-Schwaighofer beim Thema Wohnbauförderung, wo in Wels der Gemeinderat etwas beschließen soll und in Wien genau das Gegenteil getan wird. Es beschloss eine SPÖ-/ÖVP-Koalition in Wien. Auch Welser Abgeordnete stimmten mit. Da hat nicht die Stadtpartei in Wels gesagt „das darfst du jetzt nicht“. Da hat nicht die SPÖ in Wels Macht demonstriert und gesagt, lieber Nationalrat Kirchgatterer, du musst dagegen stimmen, weil vielleicht Wels betroffen sein könnte. Nein! Im Rahmen des Fraktionsklubzwanges haben schön alle mitgestimmt – das kritisiere ich! Hier wird vermittelt wir haben mit dem alles nichts zu tun, wir wollen dass alles so bleibt wie es ist, gleichzeitig werden Welser Abgeordnete in Wien dafür eingespannt diese Gesetze mitzubeschließen.

Lieber Johnny, ich würde mir erwarten, dass im Rahmen einer Vorstandssitzung in Wels einmal erklärt wird, wir fassen einen Vorstandsbeschluss und jeder Funktionär muss sich daran halten. Aber das passiert gerade nicht. Dies finde ich doppelbödig und unehrlich. Wenn schon, dann steht einfach dazu und versucht nicht in der Gemeinde A zu sagen und im Bund dann plötzlich B. Das ist eine unehrliche Politik. Das werden wir den Personen auch transportieren, weil es nicht sein kann, dass die Bundes-SPÖ für Polizeieinschränkungen ist und in Wels sieht es plötzlich ganz anders aus, wenn gleiche Funktionäre in gleichen Gremien sitzen. Ich glaube daher, es ist nicht so, wie die SPÖ das hier sagt

Diesen Antrag kann ich nicht wirklich ernst nehmen - ich bin fast ein bisschen ärgerlich. Wir verfassten schon sehr viele Resolutionen an das Land Oberösterreich oder an den Bund mit dem Inhalt mehr Polizei, mehr Sicherheit. Anfangs hieß es FPÖ-Populismus, jetzt macht die SPÖ selbst solche Anträge. Es ist zumindest ein gutes Zeichen - das Problem der Sicherheit in Wels wurde nun offensichtlich erkannt. Gratuliere! Hat ja nur 12 Jahre gedauert. Insofern sind wir ein großes Stück weitergekommen. Tatsache ist aber auch, dass diese Anträge vom Bund konterkariert werden bei der eigenen Partei. Mehr Aufklärungsarbeit in Wien leisten, mehr schauen, dass die Abgeordneten aus Wels oder Oberösterreich massiv dagegen auftreten und sich dagegen aussprechen würden - das würde ich mir wünschen, denn dann könnte man dies tatsächlich auch ernst nehmen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank! Es freut mich, dass sich Herr Dr. Rabl so intensiv um die SPÖ annimmt. Ich glaube du hättest sehr viele Betätigungsfelder im Bereich deiner Partei, wenn es zum Beispiel um die Bekämpfung des Rechtsextremismus geht.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Das hat ja kommen müssen – die Wahrheit tut weh!

GR. Markus Wiesinger: Gerade die letzte Wortmeldung zeigt es ist wichtig bei gewissen Themen ernsthaft zu diskutieren. Ich bin froh, dass der vorhergehende Tagesordnungspunkt nun im zuständigen Ausschuss behandelt wird, denn ich glaube so richtig befasst hat sich mit diesem Thema niemand. Wenn wir hier von einem Betretungsverbot sprechen, meinen wir wahrscheinlich den § 9 im Oberösterreichischen Spielautomaten- und Wettgesetz. Es würde bedeuten, dass Personen unter 18 Jahren eine Wettannahmestelle, wie z.B. eine Trafik, nicht mehr betreten können.

Zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt darf ich speziell die Kollegen der SPÖ korrigieren. Sie sprechen von Wachzimmern – es heißt jedoch Polizeiinspektionen. Der Antrag richtet sich an die Oberösterreichische Landesregierung. Das würde bedeuten als ob der Gemeinderat der Stadt Wels beschließt die Mehrwertsteuer um 2 % zu senken – es hätte keine Auswirkung. Die Landesregierung hat bei diesem Gesetz überhaupt kein Mitspracherecht, kein Anhörungsrecht – gar kein Recht. Kollege Reindl-Schwaighofer, ich bitte dich namens der Stadt Wels deine Anträge ordentlich vorzubereiten, damit wir uns bei den Empfängern der Resolutionen nicht lächerlich machen.

Eine kleine Anmerkung noch zu Kollegen Kroiß: Wenn du den Antrag bis zum Ende gelesen hättest wäre dir aufgefallen, dass wir vor diesem Antrag aus diversen Zeitungsmeldungen erfuhren, dass in Linz etwas beschlossen werden soll und wir in Wels vorab schon sagten, das wollen wir nicht. Wir wussten nicht mehr als alle anderen Bürger der Stadt Wels und nahmen dies zum Anlass einen Antrag einzubringen. Keine Geheimniskrämereien!

GR. Reindl-Schwaighofer: Wenn Vzbgm. Dr. Rabl googeln würde, würde er sehen, dass Nationalrat Kirchgatterer eine dringende Anfrage an Frau Ministerin Mikl-Leitner wegen der Situation in der Stadt Wels stellte. Hier zu behaupten er tat nichts, ist eine glatte Lüge. Diese Aussagen, wie beispielsweise die Wohnstadträtin aus Graz bereitet einen Integrationsparagrafen vor oder die Journalistin von „Falter“ ist eine liebe Freundin, ist reiner Populismus. Wenn man diese Aussagen anschließend recherchiert – während der Sitzung können diese Recherchen ja nicht gemacht werden – entsprechen diese der Unwahrheit.

Vor drei oder vier Jahren machte die SPÖ zum Thema Sicherheit eine Unterschriftenaktion. Kernforderung war in allen Stadtteilen Wachzimmer einzurichten, weil wir der Meinung sind, dass Sicherheit ein Recht für die Menschen bedeutet. Diese Unterschriftenaktion wurde gemeinsam von Bürgermeister Dr. Koits und Vzbgm. Lehner an Frau Bundesministerin Mikl-Leitner übergeben. Aufgrund dieser Liste wurde sofort mehr Personal zugesagt, wobei wir wissen, dass diese Zusagen noch immer weit unter dem Stand aus dem Jahr 2000 sind. Wenn wir hier versuchen ernsthaft zu diskutieren, wie in der Stadt Wels die Polizei organisiert ist, würde mich schon deine Meinung interessieren Kollege Wiesinger? Hast du den Mumm etwas zu sagen, was Frau Bundesministerin nicht hören will? Mit unseren Anträgen beweisen wir sehr wohl auch Dinge zu tun, bei denen die Parteifreunde aus Wien eine andere Meinung haben. Genau darum sind wir eine pluralistisch demokratische Partei, um diese Dinge gemeinsam zu diskutieren.

Ihr habt in der Frage der Wohnbauförderung/der Wohnbäudarlehen bewiesen, dass ihr nur tut was euch angeschafft wird.

GR. Haböck: Es werden immer so schön an Wien/an Linz Resolutionen verfasst. Das klingt gut und man hat selbst damit nichts zu tun. Wenn es nicht kommt, kann man schimpfen. Wenn es kommt, kann man dies auf die eigenen Fahnen heften. Was können aber die Politiker, der Gemeinderat in ihren Bereichen tun? Tun im Bereich Sicherheit, der nur ein kleiner Teil der Zuständigkeiten der Stadt Wels ist? Was können wir tun anstatt die Verantwortung dauernd nach oben zu delegieren? Soweit ich mich erinnere, gibt es bereits seit einiger Zeit einen Beschluss von FPÖ und ÖVP auf Kompetenzerweiterung der Ordnungswache bzw. Kompetenzübertragung. Was hat der Herr Bürgermeister und die SPÖ-Fraktion in dieser Angelegenheit bisher unternommen - außer diese verhindert? Es wäre interessant zu erfahren wie es hier weitergeht, anstatt immer schöne Briefe nach Wien zu schreiben.

Bgm. Dr. Koits: Mit Vbzgm. Lehner und anderen Kollegen war ich bereits den zuständigen Ministern in Wien. Dies begann bei dem damaligen Minister Strasser und hat sich über die Ministerin Prokop bis zur Ministerin Miki-Leitner fortgesetzt. Selbstverständlich, liebe Kollegen der ÖVP, hat der Herr Landeshauptmann in Fragen der Sicherheit mitzureden, er hat sogar ein enormes Anhörungsrecht. Manche Dinge werden nicht umgesetzt, weil die Landeshauptleute bei bestimmten Positionen dagegen sind. Wenn ich im Land Oberösterreich oder im Nationalrat sitzen würde und ich höre diese Diskussion, wo nicht mit tatsächlicher Geschlossenheit und mit vollem Nachdruck an dem Thema gearbeitet wird, dann würde ich sagen, sie sollten sich selbst einmal ernsthaft einigen und dann sehen wir weiter. Daher ersuche ich sie die Dinge, die vielleicht zwischen uns im Raum stehen, beiseite zu schieben, und die Dinge, die uns einigen und uns stärker machen, sollten wir hervorheben und tatsächlich bei den entsprechenden Gremien, bei den eigenen Abgeordneten usw. vortragen und mit Nachdruck verfolgen.

GR. Schönberger: Faktum ist, dass die Welser Bevölkerung momentan ein sehr geringes Sicherheitsverständnis hat und verspürt, dass zu wenig Polizei auf den Straßen unterwegs ist. Es kann nicht sein dies mehr oder minder zu ignorieren. Egal ob ein Wort jetzt falsch oder richtig gesetzt wurde, das Anliegen von uns im Gemeinderat muss sein das Sicherheitsbedürfnis der Welser Bevölkerung zu stärken. Es kann nicht sein, dass wir Polizeiapparate ähnlich der Stadtwache parallel aufbauen müssen. Geld, welches den WelserInnen vorenthalten wird, weil die Personalressourcen dort eingesetzt werden müssen und Geld für andere Dinge nicht zur Verfügung haben, weil wir Aufgaben des Staates übernehmen müssen. Über diese Dinge sollte man sich den Kopf zerbrechen, es kann nicht um Wortglauberei gehen, sondern es geht um die Sinnhaftigkeit und über den Inhalt der Sache. D.h. mehr Polizei auf den Straßen, ein höheres Sicherheitsgefühl für die Welser BürgerInnen.

Vzbzgm. Dr. Rabl: Ich möchte nun den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters aufgreifen, der heute aus meiner Sicht richtig sagte, man sollte diese Frage in einer großen Geschlossenheit diskutieren und diese nach außen auch demonstrieren. Wenn wir ein wenig vorausdenken gehe ich davon aus, dass dieser SPÖ-Antrag heute beschlossen wird. Wenn wir noch weiter vorausdenken, werden wir aus der Sicht der FPÖ dem ÖVP-Antrag zustimmen und wird auch dieser beschlossen. Wir haben zwei Anträge, die sich durchaus in einigen kleinen Punkten widersprechen, aber von einer einvernehmlichen und geraden Linie kann man hier nicht sprechen. Es wäre mir ein Anliegen – ich spreche nur für die Freiheitliche Fraktion – dieses Thema geschlossen gegenüber dem

Bund und dem Land zu vertreten. Deshalb rege ich an dieses Thema noch einmal dem Präsidial- und Integrationsausschuss zuzuweisen, damit ich eine gemeinsame Position beschließen kann. Alles andere ist in Wirklichkeit in gewisser Weise ein Kasperltheater. Schauen wir, dass wir in dieser Frage tatsächlich Einigkeit finden, einen gemeinsamen Antrag formulieren, wie wir das in anderen Fragen auch schon geschafft haben. Das ist ein Thema, welches alle Bevölkerungsbereiche, alle Wählerschichten betrifft. Es ist durchaus möglich bei dieser Frage eine gemeinsame Position zu vertreten.

In diesem Sinne stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Präsidial- und Integrationsausschuss zuzuweisen, wobei ich sogleich darauf hinweise, dass ich einem derartigen Antrag, wenn er die Mehrheit erhält, auch beim Tagesordnungspunkt 16. stellen werde.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, unterbreche ich die Sitzung und bitte die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch zu Herrn Bürgermeister, um hier eine gemeinsame Linie zu finden.

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 17.21 bis 17.25 Uhr unterbrochen.

Vzbgm. Wimmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf sie darüber informieren, dass die vier Gemeinderatsfraktionen folgende Übereinstimmung erzielt haben: Es wird grundsätzlich als zielführend und vielversprechender angesehen, wenn vier Fraktionen des Gemeinderates eine inhaltlich gemeinsam erarbeitete Resolution einbringen. Deshalb haben sich die SPÖ- und ÖVP-Fraktionen bereit erklärt, ihre Anträge zurückzuziehen.

Das sind die Tagesordnungspunkte 14. und 16. Über diese Absetzung der Punkte von der Tagesordnung ist entsprechend der Geschäftsordnung des Gemeinderates abzustimmen. Ich darf sie um ein Zeichen der Zustimmung zu diesem Vorschlag bitten.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung, für die anregende Diskussion und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin GR. Augustine Hacker

15.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Gutachten zu den Veränderungen der Oberflächenwässer in Puchberg und Stadlhof
DI-Verf-031-2014

GR. Hacker: Wer könnte ihnen nachfolgende Situation besser schildern, als eine Person, die in dieser Region wohnt. Ich lebe nunmehr seit 35 Jahren in Unterleithen und verfolge die Entwicklung des Oberflächenwassers. In dieser Region ist in den letzten Jahren eine starke Veränderung bezüglich Oberflächenwasser und Niederschlagswasser wahrzunehmen. Die letzte dramatische Situation ereignete sich am Sonntag, dem 09.06.2013. Hier kam es durch einen extremen Niederschlag mit der Dauer von ca. einer $\frac{3}{4}$ Stunde und einer Niederschlagsmenge von ca. 50 bis 70 Liter/m² zu gewaltigen Überschwemmungen. Ganz schlimm betroffen war das Kumplgut, das landwirtschaftliche Anwesen der Familie Baldinger, das Ziegelwerk Pichler und mehrere Einfamilienhäuser entlang der Eferdinger Straße, um hier nur einige zu nennen. Die extremen Wassermengen bewegten sich sintflutartig von Richtung Oberlaab kommend über das Pichler Ziegelwerk, entlang der Eferdinger Straße über Unterleithen bis nach Stadlhof.

Die Schäden sind durch keine Versicherung gedeckt und somit stehen Existenzen auf dem Spiel. Abgesehen von den Schäden der landwirtschaftlichen Flächen sind Wohnhäuser und Betriebe durch die Überschwemmungen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Als Vertreterin der Bauernschaft führte ich Gespräche mit den Betroffenen in Bezug auf die negative Entwicklung. Jeder ist sich dieser dramatischen Situation bewusst und alle gehen konform, um hier eine rasche Lösung herbeizuführen. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen aller Betroffenen für die rasche Hilfeleistung bei den Mitarbeitern des Magistrats der Stadt Wels und bei der Freiwilligen Feuerwehr herzlichst bedanken.

Die ÖVP-Fraktion ersucht daher den Gemeinderat der Stadt Wels eine Überprüfung dieser Oberflächenwassersituation in den Bereichen Puchberg bis Höhe Stadlhof herbeizuführen bzw. ursachenbehebende Maßnahmen erarbeiten zu lassen. Die Beobachtungen der letzten Jahre zeigen, dass hier Handlungsbedarf besteht bzw. im Sinne der Geschädigten gehandelt werden muss, denn die beschriebene Situation kann immer wieder passieren. Es muss uns wichtig sein, die Menschen in dieser Region nicht permanent dieser Gefahr und dieser großen Angst auszusetzen. Ich ersuche sie diesem Antrag zuzustimmen.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Natürlich gehören die Anrainer unterstützt, aber dieser Antrag ist aus unserer Sicht nicht präzise genug gestellt. Vorab führte ich ein Gespräch mit Frau Kollegin Hacker. Ihr geht es in erster Linie darum, dass die Oberflächengewässer, die Bäche durch die Zuständigen regelmäßig geräumt und die Zuständigen vom Magistrat angeschrieben werden. So wie der Antrag formuliert ist, kann und sollte das sehr weit darüber hinausgehen, da aus meiner fachlichen Sicht weitere Maßnahmen nötig sein werden, um die Anrainer künftig vor solchen Überschwemmungen zu schützen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dipl.-Ing. Leitinger auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 18) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

15 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 19 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer und GR. Reindl-Schwaighofer waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Mag. Humer: Ich gebe der Kollegin Hacker Recht, dabei handelt es sich um ein sehr vielschichtiges komplexes Problem. Respektiv betrachtet kamen im Jahr 2013 bei der Wettersituation zwei Extreme zusammen. Zunächst Ende Mai ein Dauerniederschlag mit verbundener Hochwassersituation – in wesentlichen Teilen Oberösterreichs und Niederösterreichs - und eine Woche später ein Starkregen mit etwa 65 Liter pro m². Die Problematik dieses Bereichs vom Übergang der Welser Heide mit sehr gut durchlässigen Böden ist, dass hier eine Versickerung vor Ort kam möglich ist. Die Böden sind relativ rasch gesättigt gegenüber einem Schotterboden.

Herr Ing. Markus Pichler vom Ziegelwerk Pichler trat schon einmal an uns heran, um erste Momentaufnahmen zu tätigen und bestimmte Räumungen in Auftrag zu geben. Dazu gilt § 47 des Wasserrechtsgesetzes. Teilweise fehlt die Pflege der Abflussgerinne durch die Uferanrainer bzw. sind sie sich dessen nicht bewusst. Man muss sich einfach dieses Themas annehmen. Der Wasserbaudienst wird sich mit modularen Abflussberechnungen befassen. Dabei wird festgestellt woher es kommt und wie sich eine Maßnahme von A auf B oder C verändert. Es ist nicht so hier einfach einen Retentionsraum oder eine Versickerungssache zu machen, sondern es muss mit modularen Berechnungen der Geländestruktur das Verhalten des Geländes berücksichtigt werden. Das alles kann nur mit dem Gewässerbezirk Linz erarbeitet werden, weil es um Förderungen von Bund und Land geht. Das erfordert eine gewisse Zeit. Die Natur jedoch ist nicht berechenbar.

Der mobile Hochwasserschutz im Bereich Perg im Strudengau schaffte es letztes Jahr – bis auf fünf Zentimeter. Hätte es noch sechs Stunden weitergeregnet, dann wären diese fünf Zentimeter auf zehn Zentimeter angestiegen. Das mit der Natur, mit der Hydrogeologie ist etwas schwer Einschätzbares, etwas schwer Begreifbares. Wir wissen nicht wann das nächste Jahrhunderthochwasser kommt – vielleicht 2014? Frau Kollegin Dipl.-Ing. Leitinger als Fachfrau sprach schon einige Thema an, wie Gerinne, Räumungen, vorausschauende Maßnahmen. Es geht hier auch um landwirtschaftliche Nutzflächen. Kein Landwirt möchte hochwertige Ackerflächen hergeben. Deshalb muss nach geeigneten Grünflächen Ausschau gehalten werden.

Fachlich gesehen ist ein gewisser Bedarf vorhanden, wobei dieser aber sehr komplex betrachtet werden muss. Eine Maßnahme hilft dem einen, schadet aber dem anderen. Ich hoffe, ich konnte im Rahmen meiner Tätigkeit etwas zur Aufklärung beitragen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte alle politischen Vertreter bitten die Sache nicht zu verkomplizieren. Es handelt sich um einen ganz einfach formulierten und verständlichen Antrag. Es geht darum zu prüfen, warum dort Hochwässer eintraten, welche Ursachen es hatte und welche Maßnahmen zur Vorbeugung getroffen werden können. Die Ängste der Menschen vor Ort müssen wir ernst nehmen. Ich ersuche diesem Antrag zuzustimmen, damit eine Prüfung stattfinden kann. Es sollten Maßnahmen vorgenommen werden können, um weitere Hochwasser zu vermeiden. Einer Zuweisung an einen Ausschuss stimmten wir aus Zeitgründen nicht zu. Wir wissen alle, wer schnell hilft, hilft doppelt. Deshalb ersuche ich sie diesen Antrag mitzutragen und eine Hilfe der örtlichen Bevölkerung zukommen zu lassen.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Es stimmt: Wer schnell hilft, hilft doppelt! Grundsätzlich bin ich dieser Meinung und für diese Vorgehensweise. Dieser Antrag ist aus meiner Sicht derart unpräzise gestellt – der Gemeinderat der Stadt Wels möge eine Prüfung in Auftrag geben, um die Ursache der Veränderung des Abflusses der Oberflächengewässer festzustellen und in weiterer Folge Maßnahmen vorzuschlagen -, deshalb können wir nicht zustimmen. Bei einer eventuellen Ausschreibung stellt sich die Frage, wer sollte das machen? Die Stadt? Das steht auch nicht im Antrag. Nach dieser Formulierung könnten wir ein Projekt beispielsweise an die Universität für Bodenkultur vergeben. Das würde sehr viel Geld kosten.

Zwischenruf GR. Weidinger: Man kann alles verkomplizieren!

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Das hat nichts mit verkomplizieren zu tun. Dieser Antrag sollte so formuliert sein, dass wir wissen, was wir beschließen. Bei den beiden genannten Ereignissen handelte es sich um Extremereignisse. Leider müssen wir mit solchen Extremereignissen aufgrund des Klimawandels vermehrt rechnen. Welche Maßnahmen müssen wir setzen? Die von Frau Hacker genannten Maßnahmen bezüglich Reinigung bzw. Ausräumung der Bäche alleine werden nicht genügen, um solchen Extremereignissen vorzubeugen. Deshalb schlug ich Frau Hacker vor, sich mit der Gruppierung über die ÖVP (Landesrat Hiegelsberger) mit der Bodenwasserschutzberatung in Verbindung zu setzen. Das ist eine Einrichtung, die vom Land, Büro Anschober/Hiegelsberger, bezahlt wird, um beispielsweise Einzugsgebiet-Sanierungen durchzuführen, und die genau zu diesem Thema Prüfungen durchführt und Ursachen klärt. Es sollten die Instrumente genutzt werden, die dem Land zur Verfügung stehen – der Gewässerbezirk, die Bodenwasserschutzberatung usw. Das entnehme ich diesem Antrag nicht.

Bgm. Dr. Koits: Wenn im Antrag steht „der Gemeinderat der Stadt Wels“, dann nehme ich selbstverständlich an, dass der Magistrat der Stadt Wels beauftragt wird, hier eine entsprechende Überprüfung mit all den Stellen - die uns dabei helfen können – in Auftrag zu geben. Zur Finanzierung bzw. zur Bedeckung muss die zuständige Referentin in den zuständigen Ausschuss gehen.

GR. Hacker: Ich bedanke mich für die Ausführungen und den ausführlichen Bericht des Kollegen Mag. Humer. Zu Fr. Kollegin Dipl.-Ing. Leitinger möchte ich anmerken, dass beim Antrag schon die Stadt Wels mit der Überprüfung gemeint ist. Es steht nichts von einer Boku-Studie und nichts von 100.000 Euro. Ich bin sicher, die Beamtenschaft der Stadt Wels wird alles unternehmen um in Zukunft solche Überschwemmungen zu verhindern und die Menschen in dieser Region zu schützen.

Der Initiativantrag (Anlage 18) wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter GR. Andreas Weidinger

16.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Anzahl der Polizeiinspektionen in Wels und deren Personalstand;
Resolution
DI-Verf-025-2014

Dieser Tagesordnungspunkt (Anlage 19) wurde einstimmig von der Tagesordnung genommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ- Gemeinderatsfraktion betreffend
Tarifordnung Inanspruchnahme öffentlichen Gutes 2014
DI-Verf-045-2014

Vzbgm. Lehner: Es geht einerseits darum für die Nutzung des öffentlichen Gutes Tarife festzulegen, andererseits - das ist mir besonders wichtig - die Glaubwürdigkeit dieses Gemeinderates zu unterstreichen. Wir haben mit dem Budgetbegleitbeschluss 2013 festgelegt die Luftsteuer für 2014 abzuschaffen. Das ist nur möglich, wenn wir heute eine neue Tarifordnung beschließen. Daher möchte ich mich auch herzlich bei der FPÖ-Fraktion bedanken, die in Abstimmung mit dem vorliegenden Entwurf des Finanzreferenten diesen soweit kompromissfähig machte, dass die Luftsteuer 2014 für die Welser Betriebe abgeschafft wird.

Sehr wichtig ist für Veranstaltungen in Wels das Marketing miteinzubeziehen und die Frequenz in der Innenstadt zu erhöhen, damit zukünftig keine Gebühren für die Benützung des öffentlichen Gutes mehr anfallen. Es ist wichtig klare Signale zu setzen und die Stadt zu beleben.

Vorgesehen ist eine zweijährige Bewohnerparkkarte, die entsprechende Einsparungen bringt. Es gibt natürlich auch einige Verteuerungen. Das sind weitgehend Vorschläge des Finanzreferenten, der immer sehr bemüht ist hier auch ein ausgeglichenes Budget in der Stadt Wels zu erzielen. Diese Vorschläge finden durchaus Zustimmung. Daher sind sie in diesem Kompromisspapier enthalten. Beispielsweise zusätzliche Tarife für Zeitungsverkaufsstände, die immer wieder Kosten verursachen. Bei den Straßenreinigungsmitarbeitern ist eine entsprechende Vergebührung auch zweckmäßig und sinnvoll. Daher bitte ich um Diskussion zu diesem Antrag.

Vzbgm. Wimmer: Ich bedanke mich für diesen Dringlichkeitsantrag, wenngleich ich diesen nicht verstehe, denn im Finanzausschuss lag der von mir vorbereitete Entwurf wortident vor. Was ÖVP- und FPÖ-Fraktion geändert haben wollten, waren drei oder vier Tarifpositionen.

Mir wurde im Finanzausschuss der Vorwurf gemacht, dass ich zu sehr auf das Geld sehe, weil die Bilanz meines Entwurfes ein Plus von 3.000 Euro brachte. Ich habe mit

großer Freude zur Kenntnis genommen, dass der Entwurf der ÖVP- und FPÖ-Fraktion ein Plus von 19.000 Euro für die Stadtkasse bringen wird. In erster Linie durch die Verdoppelung der Tarife bei den Zeitungstaschen; die Zeitungsherausgeber werden das sicher zu würdigen wissen. Mein Vorschlag war 50 Euro pro Tasche und Jahr, jetzt sind wir auf 100 Euro pro Tasche und Jahr. Ich bedanke mich ganz herzlich dafür und natürlich werden wir diesem Vorschlag zustimmen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Zustimmung der SPÖ-Fraktion freut mich natürlich. Wir dachten uns etwas dabei. Die Kritik am ersten Entwurf, den du – lieber Hermann – vorlegtest, war eine ganz einfache. Wir haben die Luftsteuer abgeschafft und gleichzeitig die Steuer für Auslagenflächen massiv erhöht. Weshalb die Kaufleute in der Stadt Wels nicht entlastet sondern belastet worden wären und zwar überproportional belastet - das wollten wir verhindern.

Wir meinten man kann die Luftsteuer nicht abschaffen und gleichzeitig die Steuer für alle Kaufleute in der Innenstadt Wels erhöhen. Das war der Grund warum wir sagten, wir müssen uns vernünftig überlegen wo eingespart werden kann und wo fördern wir jene Unternehmens- und Geschäftszweige, die der Stadt Wels neues Leben und neue Frequenzen bringen. Deshalb standen die Kaufleute bei uns an erster Stelle und deshalb lehnten wir den ersten Vorschlag ab.

Dass es notwendig ist Kompensationsmaßnahmen zu finden, ist klar. Wir sahen aber auch einen gewissen Wildwuchs in Wels betreffend diese Verkaufstaschen im Zeitungsbereich. Ich bin der Meinung es ist kein Fehler, wenn diese Zeitungstaschen entsprechend höher besteuert werden, weil über das Jahr gesehen diese Besteuerung verhältnismäßig gering ist. Es sind pro Tag nicht einmal 0,30 Euro, die bezahlt werden müssen und das betrifft vor allem die großen Medienkonzerne, wie die „Krone“, „Kurier“ und „Österreich“. Nach meiner Information sind die OÖ Nachrichten nicht betroffen, aus dem ganz einfachen Grund, weil es hier um Wochentarife geht und die OÖ Nachrichten die Zeitungsstände die ganze Woche benützt. Wir haben auch das berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang überlegten wir uns schon einiges. Wir besteuern die Fahnen etwas weniger. Davon sind die Tips betroffen, wo wir uns dachten es könnte ein Problem sein. Alle Medien wurden gleichermaßen in ihren speziellen Verhältnissen bedient. Insofern ist es schon vernünftig, dass es diese Gebührenordnung in der Form gibt. Mir wäre es lieber gewesen wir hätten uns zusammengesetzt, so wie wir es nach dem Ausschuss vorschlugen. Dieser Initiativantrag war auf diese Art und Weise notwendig. Es ging uns nicht darum alles abzuschaffen, sondern vernünftige Lösungen für die Welser Kaufmannschaft zu finden.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte mich bedanken. Es war uns wichtig das Versprechen des Gemeinderates einzulösen. Eine zusätzliche Ausschusssitzung war leider nicht möglich. Wir fanden gemeinsam einen neuen Weg dies jetzt umzusetzen und ich bedanke mich vorab für die Zustimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung einer Bezirksgrundverkehrskommission für das Gebiet der Stadt Wels
DI-Verf-046-2014

Bgm. Dr. Koits verliest den Abänderungsantrag (Anlage 2b) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion und ersucht diesen mitzuberaten.

Vzbgm. Dr. Rabl: Es gab in der Vergangenheit mehrfach Probleme dahingehend, dass Vereine Grundstücke gekauft oder Liegenschaften erworben haben und dort Integrationszentren bzw. Moscheen und Gebetshäuser errichten wollten.

Wir stellten uns die Frage wie es überhaupt möglich ist, zu einem solchen Ergebnis zu gelangen. Den Grund sahen wir darin, dass die Grundverkehrskommission der Stadt Wels, welche sämtliche bewilligungspflichtige Grundverkäufe in der Stadt Wels abwickelt, derzeit bei der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land angesiedelt ist.

Das war nicht immer so. Wir überlegten uns, ob es in den jetzigen Zeiten noch notwendig und geeignet ist, diese Angelegenheiten durch die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land erledigen zu lassen.

Ich sprach auch mit der zuständigen Beamtin in der Bezirkshauptmannschaft. Diese teilte mir mit, dass sie mehrere Anfragen an die Stadt Wels richtete - leider ohne Erfolg. Das betrifft insbesondere die Bevölkerungszusammensetzung in den jeweiligen Wohngebieten, wo bewilligungspflichtige Grundkäufe vorliegen. Es war schon ein bisschen eigenartig, dass die Stadt Wels in sämtlichen Verfahren Parteistellung hat, aber diese Parteistellung nie wahrnahm.

Die Angelegenheiten der Stadt Wels sind bei der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land nicht so aufgehoben wie ich mir das wünschen würde, weil es dann zu derartigen Vorkommnissen nicht kommen könnte. Man muss betonen, es wäre aus meiner Sicht sowohl der Erwerb eines Grundstückes durch den albanischen Kulturverein als auch der Erwerb der Räumlichkeiten in der Lindenstraße bewilligungspflichtig gewesen. Eine ausdrückliche gesetzliche Regelung im § 2 Z. 4 Nr. 4 sieht vor, dass Vereine, die überwiegend Ausländer als Mitglieder haben und Grund erwerben möchten, ebenfalls bewilligungspflichtige Vorgänge sind, die zu beurteilen gewesen wären.

Die Einrichtung einer Grundverkehrskommission würde keinen zusätzlichen Personalaufwand verursachen, weil diese im Rahmen des Geschäftsapparats mit abgewickelt werden kann. Es gibt nicht derart viele Geschäftsfälle. Die Welser Beamten und eine von Wels beschickte Grundverkehrskommission können wesentlich besser beurteilen, ob im konkreten Fall ein Grundstückserwerb beeinträchtigend ist, noch dazu wenn man weiß, dass Wels den höchsten Ausländeranteil aller Bezirke in Oberösterreich hat und der Grundverkehr, gerade der Ausländergrundverkehr, natürlich auch ein Regelungsinstrument ist, um Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur zu nehmen.

Es wäre sinnvoll eine eigene Grundverkehrskommission einzurichten. Zuständig dafür ist das Land OÖ. Diesen Formalfehler haben wir mit dem Abänderungsantrag korrigiert und ich hätte daher gerne das Land aufgefordert eine entsprechende Verordnung zu erlassen, damit die Stadt Wels diese Dinge wieder selbst in die Hand nehmen kann, wer konkret den Grundverkehr in Wels regelt.

GR. LAbg. Dr. Csar: Lieber Andreas Rabl! Der Antrag wurde abgeändert, es soll nun das Land Oberösterreich aufgefordert werden eine Grundverkehrskommission Wels-Stadt einzurichten. Du willst eine Bezirksgrundverkehrskommission Stadt Wels einrichten, weil die Bezirksgrundverkehrskommission der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land das nicht mehr machen soll.

Es gibt keine Bezirksgrundverkehrskommission Wels-Land. Es gibt eine Bezirksgrundverkehrskommission, die zuständig ist für den Bezirk Wels-Land und Wels-Stadt. Es ist eine eigens eingerichtete Kommission und nicht eine Zweigstelle der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land. Ich versuche es verständlich zu erklären.

Früher war es einmal anders. Es hat früher auch einmal eine Bezirksgrundverkehrskommission für Wels-Land gegeben und eine Bezirksgrundverkehrskommission für die Stadt Wels. Diese wurden 2002 aufgelöst und dementsprechend wurden die Gesetze und die Verordnung geändert.

Es gibt also eine Kommission, die für beide Bezirke zuständig ist. Das ist auch gut, weil damit sehr viel Verwaltungspersonal eingespart wurde. Insbesondere wurde ein einstimmiger Beschluss herbeigeführt - ein einstimmiger Beschluss der Landesregierung für die Verordnung. Auch FPÖ Landesrat Achatz stimmte zu. Du erwähntest heute einige Male den Nationalrat Kirchgatterer, der sich nicht zu Wort meldete oder zustimmte. 2002 hat Landesrat Achatz zugestimmt. Er war dafür, dass die Bezirksgrundverkehrskommission Wels-Stadt aufgelöst wird und diese Aufgaben von der Bezirksgrundverkehrskommission Wels-Land übernommen werden. Eines ist wichtig, dass auch das Ausländergrundverkehrsgeschäft genehmigungspflichtig ist. Die Grundlagen für die Genehmigungspflicht eines Ausländergrundverkehrs sind die gleichen, ob das nun die Bezirksgrundverkehrskommission Wels-Land oder Wels-Stadt macht. Diese Regelungen stehen im Gesetz und nach diesen Regelungen ist dementsprechend eine Prüfung des Sachverhalts vorzunehmen.

Daher wundert es mich sehr stark, dass du versuchst mit Vorspiegelung falscher Tatsachen der Bevölkerung mitzuteilen, dass hier etwas anders werden wird. Die Grundlagen für das Genehmigen und die Prüfung des Verfahrens sind ident. Ob der Kommissionsvorsitzende nun beim Bezirk Wels-Land oder Bezirk Wels-Stadt angesiedelt ist, ist egal. Die Gesetze sind überall gleich zu vollziehen. Das ist doch einleuchtend und klar, wir brauchen keine eigene Kommission. Wofür sollte man diese einrichten? Die Verfahren sind überall gleich!

Du sagtest richtig: Bereits jetzt hat die Standortgemeinde die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben. Das könnte die Stadt Wels jetzt auch schon tun. Das sind eingetretene Versäumnisse, die zum Vorwurf gemacht werden können. Die Interessen der Bevölkerung in Wels wurden nicht geschützt. Die Standortgemeinde hat auch die Möglichkeit des Berufungsverfahrens und der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht. Diese Möglichkeiten wurden noch nie genutzt.

Die Gemeinde Traun nimmt diese Möglichkeit in jedem Verfahren in Anspruch. In jedem Verfahren gibt es eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht bzw. wird dagegen berufen. Ob das richtig ist oder nicht, kann ich nicht sagen. Aber die Stadt Wels „verschweigt“ sich total - das ist nicht richtig. Genauso wenig ist es richtig zu glauben, man kann die Probleme damit lösen, in dem eine eigene aufgeblähte Kommission eingerich-

tet wird für - wo du selbst sagst - die wenigen Verfahren der Stadt Wels. Diese werden derzeit sehr gut von der Bezirksgrundverkehrskommission Wels-Land miterledigt.

Das funktioniert gut. Es gibt das Verfahren in dem die Standortgemeinde aufgefordert wird eine Stellungnahme abzugeben. Daher werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Ich ersuche die FPÖ-Fraktion ehrlich damit umzugehen und nicht so zu tun, als würden mit der Einrichtung einer neuen Kommission, eines neuen Verwaltungsapparats irgendwelche Probleme gelöst.

GR. Wildfellner: Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen und zwar deshalb, weil es schon einen Verfahrensweg gibt, den wir einhalten können. Zweitens distanziere ich mich - das erlauben sie mir bitte persönlich zu sagen - von ihrer Begründung. Für mich ist das keine Begründung, sondern sie nehmen einen Einzelfall heraus, der ihnen jetzt gelegen kommt und wo sie ihre populistischen Äußerungen verbreiten können. Dem stimmen wir nicht zu.

Bgm. Dr Koits: Der Magistrat der Stadt Wels wäre wie beispielsweise die Bezirkshauptmannschaften nur die Geschäftsstelle und nicht die Behörde, die entscheidet. Die Behörde setzt sich aus Vertretern verschiedener Institutionen, wie der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft, aus dem Forstbereich usw. zusammen.

Das heißt, keine MitarbeiterInnen aus dem Hause Magistrat, sondern es muss nur ein rechtskundiger Beamter vertreten sein. Dieser kann durchaus als Vorsitzender in dieser Grundverkehrskommission tätig sein. Die Kommission als solche setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Stadt stehen. Das muss man bei der gesamten Überlegung mit in Betracht ziehen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Kommission ist bei der BH Wels-Land angesiedelt, lieber Peter Csar, das weißt du natürlich. Es ist auch eine Beamtin der BH Wels-Land für den Geschäftsbereich und für die Geschäftsabwicklung verantwortlich.

Wenn du schon sagst „Unwahrheiten“ oder sonst etwas, dann würde ich meinen, du nimmst dich einmal selbst an der Nase wenn du sagst ich bin dafür verantwortlich, dass der Koran in der Fußgängerzone verteilt wird. Du weißt es ist eine glatte Lüge - trotzdem verbreitest du diese Aussage öffentlich und im Fernsehen.

Ich weiß das tut dir weh, lieber Peter, trotzdem hast du es gesagt. Steh wenigstens zu diesen Dingen. Du bist momentan in einer „Vorwahlkampfmaschine“, wo du gerne etwas sagst und jemanden „eine draufhauen“ möchtest.

Tatsache ist, die Grundverkehrskommission ist bei der BH Wels-Land angesiedelt. Tatsache ist auch, dass die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land die Verfahren durchführt und die zuständige Beamtin ganz klar sagt, dass es von der Stadt Wels keine einzige Stellungnahme gibt. Es hat von der Stadt Wels keine Informationen gegeben, die benötigt werden um zu beurteilen, ob ein Grundverkehr zu genehmigen ist oder nicht. Z.B. ist die Information über den Ausländeranteil in einem Wohnviertel oder in einer Wohnstraße nicht zur Verfügung gestellt worden. Sie kann sich auch nicht helfen, was soll sie denn machen, wenn sie keine Information erhält?

In dieser Kommission sitzt kein einziger Welser, der mit den Verhältnissen in Wels vertraut ist. Deswegen ist es gerechtfertigt zu sagen, man muss Welser Interessen in die-

ser Kommission wahren und die Welser selbst mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. Weil es nicht möglich ist, dass die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land, die auch aus meiner Sicht anders zusammengesetzt wird als eine Kommission, die für Wels-Stadt zuständig ist, die Interessen der Stadt Wels besser berücksichtigen kann. Deshalb glaube ich schon, es ist gerechtfertigt hier eine eigene Kommission für die Stadt Wels einzusetzen. Diese gab es bereits. Also ganz so verkehrt kann es nicht gewesen sein.

Dass Landesrat Achatz im Jahr 2002 die Zusammenlegung für sinnvoll erachtete, ist in Ordnung. Ich hätte im Jahr 2002 oder vielleicht sogar noch vor einem Jahr eine ähnliche Meinung vertreten. Aber auch in Wels ändern sich Umstände und der Grundverkehr ist derzeit, was den Ausländergrundverkehr betrifft, sehr unreguliert und uneingeschränkt. Das kann ich so nicht weiter hinnehmen.

Wenn es für die Kollegin Wildfellner ein Problem darstellt und das Ganze als einen Einzelfall darstellt, muss ich sagen, es ist kein Einzelfall, es hat mehrere Fälle gegeben. Nämlich erstens den Albanische Kulturverein, der hier ein Thema war. Zweitens der Alewitische Kulturverein und drittens diese islamische Universität in der Lindenstraße. Jetzt von einem Einzelfall zu sprechen kann ich nicht nachvollziehen. Es sind mehrere Fälle, die massive Aufregung in der Bevölkerung verursachten. Ich stelle mir schon die Frage, ob hier das Prozedere bei der Grundverkehrskommission auch eingehalten wurde oder nicht?

Ich glaube daher, es ist sehr wohl sinnvoll eine eigene Kommission einzurichten. Die Kritik von Dr. Peter Csar kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ich versuche sie einem Vorwahlgeplänkel zuzuordnen, lieber Peter. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Eine eigene Kommission könnte die Welser Verhältnisse besser berücksichtigen und mehr am Geschehen teilhaben. Deshalb bin ich dafür diese Kommission tatsächlich einzurichten.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) samt Abänderungsantrag (Anlage 2b) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

11 Ja-Stimmen (FPÖ- Fraktion)
gegen 24 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Der Bürgermeister unterbricht sodann den offiziellen Teil der Gemeinderatsitzung zwecks Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Durchführung der Bürgerfragestunde in der Zeit von 18.10 bis 18.25 Uhr wird die Gemeinderatssitzung fortgesetzt.

Bgm. Dr. Koits: Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich stelle fest, dass gegen die Verhandlungsschriften der Sitzungen vom 18.11. und 16.12.2013 kein Einwand erhoben wurde und diese somit als genehmigt gelten. Die Sitzung ist geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 24.03.2014 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.